



101. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 15. Oktober 2008

Mitteilungen der Präsidentin 11945

**Maßnahmenpaket zur Stabilisierung
des Finanzmarktes**

In Verbindung mit:

**Keine Hilfen für Banken ohne einen
neuen Ordnungsrahmen für die Fi-
nanzmärkte**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7680

Entschließungsantrag
des Abgeordneten
Rüdiger Sagel (fraktionslos)
Drucksache 14/7694

Und:

**Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte
sichern – Vertrauen der Bürger stär-
ken**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7698

Sowie:

**Vertrauen zurückgewinnen – Finanz-
märkte und Realwirtschaft stabilisie-
ren – wirksame Kontrollen ermögli-
chen**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7699.....11945

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers ...11945
Minister Dr. Helmut Linsen.....11947
11964

Hannelore Kraft (SPD)11949
Helmut Stahl (CDU)11952
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)11954
Dr. Gerhard Papke (FDP)11959
Gisela Walsken (SPD)11965
Ewald Groth (GRÜNE).....11967
Christian Lindner (FDP)11969
Rüdiger Sagel (fraktionslos)11970
Christian Weisbrich (CDU).....11972
Johannes Remmel (GRÜNE)
(zur GeschO)11972
Carina Gödecke (SPD)
(zur GeschO)11973
Rüdiger Sagel (fraktionslos)
(zur GeschO)11973

Ergebnis11973

Entschuldigt waren:

Minister Eckhard Uhlenberg

Rudolf Henke (CDU)

Werner Jostmeier (CDU)

Marc Ratajczak (CDU)

Wolfgang Röken (SPD)

Harald Schartau (SPD)

Petra Schneppe (SPD)

Stefanie Wiegand (SPD)

Beginn: 11:32 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zu unserer heutigen Sondersitzung, der 101. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **acht Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein:

Maßnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanzmarktes

In Verbindung mit:

Keine Hilfen für Banken ohne einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7680

Entschließungsantrag
des Abgeordneten Rüdiger Sagel (fraktionslos)
Drucksache 14/7694

Und:

Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte sichern – Vertrauen der Bürger stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7698

Sowie:

Vertrauen zurückgewinnen – Finanzmärkte und Realwirtschaft stabilisieren – wirksame Kontrollen ermöglichen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7699

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der SPD haben mit Schreiben vom 14. Oktober 2008 gemäß Art. 38 Abs. 2 der Landesverfassung eine Sondersitzung des Plenums zu dem obigen Thema beantragt: Die Voraussetzungen für die Einberufung einer Sondersitzung lagen vor. Die Einladungsfrist war gemäß § 20 unserer Geschäftsordnung nicht zu wahren.

Die Fraktionen haben sich in Vorbereitung der heutigen Sitzung darauf verständigt, in Verbindung mit

dem genannten Thema auch die vorliegenden Anträge zu debattieren.

Wir beginnen mit den Redebeiträgen. Ich gebe Herrn Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers das Wort. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die weltweite Krise der Finanzmärkte ist historisch ohne Beispiel; sie ist komplexer und dramatischer als die Weltwirtschaftskrise von 1929; sie ist tiefgreifender als die Krisen der späten 90er-Jahre. Es geht weltweit um ein Finanzvolumen von 140 Billionen \$. Die USA mussten ein Rettungspaket in Höhe von 700 Milliarden \$ schnüren, die Briten eines von 550 Milliarden Pfund, in Deutschland müssen Risiken in Höhe von 480 Milliarden € abgedeckt werden.

Die Ursache der Krise ist klar: das Auseinandergehen von Real- und Finanzökonomie und das weltweite Fehlen verbindlicher Normen und Spielregeln zur Risikobewertung auf den globalen Finanzmärkten.

Diese Trennung von Finanz- und Realökonomie hat einerseits zu gigantischen Gewinnen geführt. Amerikanische Wirtschaftswissenschaftler haben darauf hingewiesen, dass eine Bank wie Goldman Sachs allein in einem Jahr 25 Milliarden \$ Gewinn unter ihren 4.000 Beschäftigten verteilen konnte. Auch die Risiken waren gigantisch. Die BaFin schätzt den Schaden aus dem Konkurs von Lehman Brothers alleine für nichtamerikanische Gläubiger auf 300 Milliarden \$.

Diese Finanzkrise ist eine Vertrauenskrise. Sie zerstört das Vertrauen in das Bankensystem, sie zerstört aber auch das Vertrauen in die Marktwirtschaft, wenn wir jetzt nicht schnell, entschlossen und effektiv gegensteuern. Das tut die Bundesregierung im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. Sie haben die Beratungen der Finanzminister der G7-Staaten verfolgt, die sich auf Hilfsmaßnahmen für die Finanzmärkte geeinigt haben, und die Sonderkonferenz der Regierungschefs der Euroländer in Paris, die umfassende Garantien – jeweils durch jedes Mitgliedsland – beschlossen haben.

Am vergangenen Montag hat die Bundesregierung bereits den Entwurf zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz vorgelegt. Dieses Gesetz soll noch in dieser Woche von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden.

Kern des Gesetzes ist die Einrichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds, der den deutschen Finanzmarkt mit einer Gesamtsumme von bis zu 480 Milliarden € stärken und stabilisieren soll. Er umfasst staatliche Garantien für kurzfristige Kredite zwischen den Banken in Höhe von bis zu 400 Milliarden €.

Der Fonds sieht außerdem vor, dass der Staat Anteile an Unternehmen erwerben und darüber hinaus den Banken auch faule Kredite abkaufen darf. Dafür steht ein Betrag von bis zu 80 Milliarden € zur Verfügung.

Entscheidend ist zudem, dass die Banken zum Akzeptieren von Auflagen verpflichtet werden können, wenn sie den Fonds in Anspruch nehmen wollen. Das kann etwa bei der Frage, ob in einer solchen Situation Dividenden gezahlt werden können, oder im Hinblick auf die Höhe von Gehältern und Abfindungen, wie wir sie teilweise in den letzten Jahren erlebt haben, der Fall sein.

Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus vor, dass sich die Länder an diesem Fonds beteiligen, weil es sich um eine nationale Krise handelt.

Meine Damen und Herren, ich habe diesem Entwurf vom Grundsatz her zugestimmt, denn das Gesetz ist richtig. Wer jetzt nicht zustimmen will, kommt seiner Verantwortung für das Land nicht nach.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieses Gesetz schafft wieder grundlegendes Vertrauen. Es ist wichtig, dass es schnell kommt, damit diese vertrauensbildenden Maßnahmen ihre Wirkung so schnell wie möglich entfalten können. Ich glaube, dass die Wirkungen etwa beim DAX ein Beleg dafür sind, dass es richtig ist, jetzt schnell zu handeln.

Wenn sich die Länder an den Garantien des Bundes beteiligen, müssen sie mitentscheiden können. Über die genauen Modalitäten der Risikoabsicherung und über Form und Höhe der Beteiligung von Bund und Ländern wird zurzeit noch geredet. Finanzminister Linssen wird nach mir noch etwas Genaueres zum aktuellen Verhandlungsstand berichten.

Wir wollen erreichen, dass die Leistungen des Landes etwa bei der Absicherung der WestLB angerechnet werden, denn auch sie tragen erheblich zur Stabilisierung bei.

Diese Verhandlungen werden morgen weitergehen. Die Abstimmungen erfolgen Freitag im Bundestag und im Bundesrat. Die vorgesehenen Verordnungen werden danach erstellt. Finanzminister Linssen wird wie bisher die Fraktionen zeitnah informieren und notwendige Zustimmungen einholen.

Darüber hinaus gilt: Wir werden solche Risiken auf Dauer nur in den Griff bekommen, wenn wir das internationale Banken- und Finanzsystem grundlegend reformieren. Dies soll im November im Rahmen der internationalen Gemeinschaft beschlossen werden, wie die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister gesagt haben.

Sie wissen, dass ich auf diesen Punkt in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen habe. Wir brauchen mehr Transparenz, weil viele dieser kritischen

Subprimegeschäfte außerhalb der Bilanzen getätigt wurden. Wir brauchen mehr Transparenz und mehr Kontrolle etwa bei den Ratingagenturen. Es kann nicht sein, dass die Aufsichtsbehörden weiterhin national arbeiten, während die Akteure an den Finanzmärkten längst global agieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir brauchen auch klare Verantwortlichkeiten! Meine Damen und Herren, wenn Bankvorstände die Geschäfte, die in ihren Häusern getätigt werden, nicht mehr verstehen, läuft etwas falsch. Ich finde: Dann muss man über andere, auch private Haftungen dieser Manager reden.

(Beifall von CDU, FDP und Anke Brunn [SPD])

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen in diesen Tagen: Wie kann es eigentlich sein, dass der Staat für die Rettung von Banken so viel Geld in die Hand nimmt? Warum soll der Steuerzahler jetzt die Zeche für die Fehler von hoch bezahlten Managern übernehmen? – Das versteht niemand; das ist auch nicht gerecht.

Aber es gibt, meine Damen und Herren, wohl keine Alternative mehr. Wenn wir nicht handeln, wird die Krise noch schlimmer. Das kostet unter Umständen Hunderttausende Arbeitsplätze. Dann kann unsere Volkswirtschaft erheblichen Schaden erleiden.

Wir in Nordrhein-Westfalen arbeiten daran, dass die negativen Auswirkungen der Krise auf unser Land so gering wie möglich ausfallen.

Deshalb bemühen wir uns um die Rettung unseres Sparkassensystems und der WestLB. Das tun wir in einem schwierigen finanzpolitischen Umfeld. Aber ich bin sicher: Wir werden eine Einigung mit den Sparkassenvorständen wie auch mit der EU-Kommission erreichen.

Wir müssen aber auch – dieser Punkt ist sehr wichtig – alles tun, um ein Abgleiten unserer Wirtschaft in eine tiefe Rezession zu verhindern oder zumindest zu vermindern. Sie wissen, dass ich dazu im Sommer schon Vorschläge vorgelegt habe. Es geht aber nicht um ein Konjunkturprogramm klassischer Art auf Pump, sondern es geht um die Verbesserung der Angebotsbedingungen für unsere Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, wir werden die Krise in den Griff bekommen. Ein Kernproblem der Krise ist, dass sich ein Teil der wirtschaftlichen Eliten nicht nur ökonomisch, sondern auch mental von der Gesellschaft isoliert hat. Das gefährdet die Einheit unserer Gesellschaft.

(Beifall von CDU und FDP)

Es gilt aber weiterhin mehr denn je das alte Leitbild von Ludwig Erhard: „Das Ziel ist Wohlstand für alle!“- und nicht: Weniger für alle.

Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Gesellschaft in Ausgebildete und nicht Ausgebildete, in Arme und Reiche oder gar Superreiche oder in Einheimische und Zugewanderte auseinanderfällt. Deshalb müssen wir die Krise gemeinsam bekämpfen. Dabei baue ich auf die Unterstützung aller Fraktionen dieses Hohen Hauses.

Frau Präsidentin, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie jetzt dem Finanzminister das Wort erteilen würden.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. – Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierung hat eine Redezeit von bis zu 15 Minuten. Ich möchte Ihnen daher in der Kürze der Zeit einige wesentliche Elemente vortragen.

Der Bundesfinanzminister hat gestern in den Verhandlungen der Länderfinanzminister mit ihm und dem Bundesfinanzministerium, also keine 24 Stunden, nachdem die Kabinettsvorlage verabschiedet worden war, von einer Notstandssituation gesprochen, in der es gilt, zusammenzustehen. Das kann man aus Sicht des Bundesfinanzministers auch verstehen, wenn man Beteiligungen der Länder einfordern will.

Ich bin dem Ministerpräsidenten des größten Landes der Bundesrepublik sehr dankbar, dass er sehr frühzeitig, nämlich am Montag, das Signal gesetzt hat, dass wir uns beteiligen werden, weil damit vermieden wurde, dass wir in Klein-Klein verfallen

(Ewald Groth [GRÜNE]: Blankoscheck!)

und das wiederholen, was in den USA geschehen ist, wo die Diskussion über das 700-Milliarden-Programm zu einem zumindest vorübergehenden Desaster geführt hat.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Der Ministerpräsident hat erklärt: Das Rettungspaket der Bundesregierung ist ein richtiger Schritt und wird Wirkung zeigen. Es wird Vertrauen wieder herstellen. – Genauso ist es bisher gekommen. Er hat weiter ausgeführt: An diesem Paket werden sich auch die Länder beteiligen, wenn es nötig ist. – Darum geht es in diesen Tagen. Die Finanzminister der Länder haben nun zusammen mit dem Bundesfinanzminister die Aufgabe, möglichst bis morgen früh die Modalitäten sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, der Bundesfinanzminister hat von einer Wasserscheide gesprochen, die zwischen den Verhältnissen vor dem Fall von Lehman Brothers und den Verhältnissen danach unterscheidet. Ich finde das richtig, denn seitdem war

das Vertrauen kaputt. Es musste schon zu dieser Riesenanstrengung kommen, damit wieder Vertrauen wächst.

Die einzelnen Elemente hat der Ministerpräsident Ihnen kurz vorgetragen. Ich möchte Ihnen einmal den zeitlichen Ablauf verdeutlichen. Vor dem Hintergrund der Konferenzen in Washington und Paris sowie der Unterhaltungen und Diskussionen in Berlin ist eine EU-weite Abstimmung notwendig gewesen, um nicht wie beispielsweise Irland und Großbritannien isoliert vorzugehen. Gerade durch dieses Zusammenschmieden von Ideen, sicherlich in unterschiedlichen Ausprägungen in den einzelnen Ländern, ist, wie wir hoffen, seit Montag eine neue Welt entstanden.

Meine Damen und Herren, die Garantiefälle, die der Bund finanzieren will, belaufen sich nach seiner Schätzung auf maximal 20 Milliarden €. Nach Vorstellung des Bundes sollen sich die Länder daran mit 35 % beteiligen. Das sind 7 Milliarden €. Jeder weiß, dass der Anteil unseres Landes daran etwa 20 % beträgt. Insofern sprechen wir bei diesem Paket über einen Eventualausfall von 1,4 Milliarden €. Abzurechnen ist das Ganze nach dem 31. Dezember 2009. Das heißt, dass wir, wenn man die schwedischen Erfahrungen zugrunde legt, über einen Zeitraum von fünf, sechs, sieben Jahren die Abrechnung dieses Fonds präsentiert bekommen. In Schweden ist es durch ein besonders gutes Management, durch besonders schnell eintretendes Vertrauen gelungen, ein positives Ergebnis aus diesem Fonds zu erwirtschaften. So weit möchte ich jedoch nicht gehen; ich will es nicht verharmlosen. Wir rechnen zunächst einmal mit Defiziten, aber es kann auch anders kommen.

Meine Damen und Herren, der Bund wird Kreditermächtigungen – so ist es im Gesetz nach § 9 vorgesehen – in Höhe von 70 Milliarden € und eine Erweiterung um 10 Milliarden € möglich machen. Das ganze Paket hat dann inklusive der 20 Milliarden € für Garantiezwecke einen Umfang von 100 Milliarden €. Ich bitte Sie aber, den Anteil nicht auf 100 Milliarden € zu berechnen, sondern auf die 20 Milliarden €, wie es auch der Bundesfinanzminister zu Recht vorgetragen hat.

Meine Damen und Herren, der Fonds läuft deshalb am 31. Dezember 2009 aus, weil der Staat nicht auf Dauer Banker sein, sondern lediglich vorübergehend die Entwicklung steuern will. Die damit verbundenen Auflagen hat Ihnen der Ministerpräsident vorgetragen.

Verteilt werden soll das Ganze nach Möglichkeit je zur Hälfte nach Einwohnerzahl und Bruttoinlandsprodukt eines Landes. Darüber kann man sicherlich diskutieren. Beide Maßstäbe sind für unser Land nicht die günstigsten, aber sie sind eigentlich allge-meingebräuchlich.

Die Liquiditätssicherung wird ebenfalls über die Bundesbank möglich gemacht. Sie wissen, dass eine Bereitstellung von Liquiditätshilfen geplant ist.

Kritikpunkte kann man sicherlich anführen. Vor allem § 13 wirft in diesen Stunden erhebliche Probleme auf. Es ist natürlich zu verstehen, dass ein Bundesfinanzminister zunächst einmal versucht, die ganze Hand zu nehmen, und zwar auch dann, wenn er mit der halben Hand zufrieden sein müsste. Ihm ist natürlich daran gelegen, die Risiken aus den Landesbanken die Länder selbst tragen zu lassen. So steht es in § 13 Abs. 3. Hinzu kommt eine Beteiligung für alles andere in Höhe von 35 %, also einmal 100 % und einmal 35 %. Das haben die Länder natürlich gestern abgelehnt.

Allerdings hat sich kein Land aus der Solidarität verabschiedet. Auch diejenigen, die am Montag noch etwas widerspenstig waren, haben eingesehen, dass bis Freitag dieser Woche das Paket geschnürt sein muss, weil wir sonst Gefahr laufen, wieder eine Diskussion zu bekommen, wie sie in Amerika stattgefunden und nicht zum Guten geführt hat. Alle sind entschlossen, das Ganze in diesem sehr verkürzten Zeitraum durch Sondersitzungen bis Freitag zur Verabschiedung im Bundesrat über die Bühne zu bringen.

Meine Damen und Herren, die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die WestLB AG sind dadurch, dass wir – als einzige bisher – den Schirm sehr frühzeitig, nämlich am 31. März dieses Jahres, fertiggestellt hatten, nicht so gravierend wie auf andere Landesbanken, von denen Sie jetzt auch hören. Die baden-württembergische beispielsweise möchte offensichtlich als erste in den Fonds hineinkommen.

Die Änderungen der Bilanzrichtlinien – der IFRS, also des Bilanzierungssystems – werden sehr wahrscheinlich heute durch die EU verabschiedet; heute findet die Konferenz auf EU-Ebene statt. Wir haben das Bilanzierungssystem ja vor allen Dingen für die Aktiengesellschaften im Konzern übernommen. Die Änderungen werden gerade für diejenigen, die keinen Schirm gebildet haben, die größte Erleichterung sein, weil sie ihre Papiere dann zu Einstandswerten bewerten können und nicht mehr zu den Werten bewerten müssen, die entweder gar nicht existieren oder aufgrund von Notsituationen als Marktpreise zustande gekommen sind. Dies wird dort besonders helfen, aber es hilft auch uns bei der WestLB.

Über die NRW.BANK hatten wir bereits gesprochen. Sie steht durch Anstaltslast und Gewährträgerhaftung besonders gut da. Durch die Lehman-Risiken, die dort aufgetaucht sind, rechnen wir damit, dass etwa 12 Millionen € ausfallen. Das wird keine Auswirkungen auf die Fördertätigkeit der NRW.BANK haben.

Meine Damen und Herren, Auswirkungen auf Sparkassen und Genossenschaftsbanken – sie stehen in diesen Tagen besonders gut da – oder eine Kredit-

klemme für den Mittelstand – so hat es auch die Kollegin Thoben noch einmal durch ihre Gespräche deutlich gemacht – sehen wir, jedenfalls zurzeit, nicht. Das Sparkassengesetz wird so weiter fortschreiten, wie wir es Ihnen angekündigt haben: Die Auswertung der Anhörung läuft, und wir werden die Gespräche mit den Beteiligten suchen, um das, was klarzustellen war, noch zu klären.

Ich ziehe ein vorläufiges Fazit, weil mir im Moment nicht mehr Zeit zur Verfügung steht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Alle Zeit der Welt! – Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie können reden, so lange Sie wollen! – Hannelore Kraft [SPD]: Sie reden doch sonst auch länger! – Ewald Groth [GRÜNE]: Wir hören gerne zu!)

– Sie hatten gestern auf 15 Minuten gedrängt. Wenn es Ihnen recht ist, führe ich gerne weiter aus.

Ich will ein vorläufiges Fazit ziehen: Die Beteiligung der Länder ist zu rechtfertigen; über den Anteil müssen wir uns in den nächsten 24 Stunden einigen.

Ich möchte auch gerne etwas zu den Haushaltsauswirkungen sagen: In den Jahren 2009 und 2010 wird es, ebenso wie im Bund, keine Haushaltsauswirkungen geben. Es wird keine Baransätze und keine Verpflichtungsermächtigungen geben, weil die Risiken nicht zu definieren sind, weil nicht vorhersehbar ist, ob am Ende des Jahres 2009 ein Defizit oder vielleicht ein Ertrag stehen wird. Die Etatreife ist weder für Baransätze noch für VES eingetreten.

Meine Damen und Herren, wir werden uns sicherlich für die Zeit nach 2010 vorbereiten müssen. Ich bin dankbar für die positiven Signale für die Märkte, für die gute Aufnahme, die das Programm gefunden hat, was wir jetzt nicht durch kleinkariertes Kaputtreden gefährden dürfen, sondern wir müssen sehen, dass wir das in dieser Woche, bis Freitag, den 17. Oktober, durchbringen.

Auch zu den konjunkturellen Auswirkungen will ich kurz etwas sagen: Ich halte das Finanzmarktstabilitätsgesetz, das jetzt vorgelegt worden ist, für das beste Konjunkturprogramm.

(Beifall von der CDU)

Es ist besser als alles andere, was an kleinen Maßnahmen vorgetragen wird. Der Erfindungsreichtum ist ja besonders bei den Keynesianern immer sehr groß; das heißt, jeder hat das, was er schon immer einmal vortragen wollte, in der Krise als Programm parat.

Meine Damen und Herren, das „Ausschwappen“ der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft – so bezeichnen wir das – ist das Gefährlichste überhaupt gewesen. Es könnte zu Auswirkungen auf den Haushalt 2009 kommen, wenn die Steuerschätzun-

gen zurückgenommen werden müssten. Sie wissen, die Konjunkturforscher sind alle wieder unterwegs. Wenn Sie die Vergangenheit vor Ihrem geistigen Auge vorbeiziehen lassen, dann haben die sich aber auch sehr oft vertan. Die Zeitungsüberschriften gehen von minus 0,8 bis plus 0,2 % aus. Wenn konjunkturelle Auswirkungen eintreten, wird es sicherlich Anpassungen der Steuerschätzungen geben. Das werden wir im November durch die Steuerschätzer erfahren. Vorher irgendetwas zu veranlassen, wäre fahrlässig.

Wir gehen zurzeit von einem höheren Sockel bei den Steuereinnahmen aus. Die Steigerung der Steuereinnahmen per Ende September betrug 3,8 %, sodass wir dieses Jahr – ich wage die Prognose – wiederum so gut abschließen werden wie auch die vergangenen Jahre. Es sei denn, im Dezember käme ein Einbruch bei den Steuereinnahmen, was aber im Moment nicht zu erwarten ist, wenn sich ganz bestimmte Branchen vornehmen, die Steuervorauszahlungen anzupassen. Dies ist bei dem breiten Unternehmensmix, den wir in Nordrhein-Westfalen haben, sicherlich nicht so brisant wie in anderen Ländern.

Wenn dieses Programm nach einer schnellen Einigung greift, ist es aus meiner Sicht das beste Konjunkturprogramm, das wir vortragen können. Man sollte sich dann in Ruhe die Wirkungen in den nächsten drei, vier Wochen ansehen, um eventuell noch andere Schlüsse zu ziehen, falls sie erforderlich sind. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. – Das Wort hat jetzt Frau Kraft von der SPD-Fraktion.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die aktuelle Krise der Finanzmärkte ist eine der größten politischen Herausforderungen der jüngsten Geschichte. Es gilt zu verhindern, dass die Finanzkrise auf die Realwirtschaft durchschlägt. Es geht um den Erhalt von Unternehmen, von Arbeitsplätzen auch hier in Nordrhein-Westfalen. Und es geht um die Sicherheit von Sparkonten, von Einlagen.

Wir alle wissen: In der Wirtschaft ist Psychologie ein entscheidender Faktor. Das oberste Ziel lautet daher, jetzt durch schnelles, konzertiertes und entschlossenes Handeln für Vertrauen und damit für Stabilität zu sorgen. Darum hat die Bundesregierung in enger Abstimmung mit den anderen Mitgliedstaaten der EU und den G7-Partnern diesen Rettungsplan entwickelt. Es ist ein in der Geschichte beispielloser, weltweiter Rettungsdamm, der gegen den Finanzmarkt-Tsunami aufgeschüttet wor-

den ist. 2,5 Billionen € – diese Zahl macht deutlich, vor welcher Herausforderung wir stehen.

Wir sind hier heute zusammengekommen, weil die Krise der Finanzmärkte bei vielen Bürgerinnen und Bürgern eine erhebliche Verunsicherung und einen beträchtlichen Vertrauensverlust ausgelöst hat. Die Menschen erwarten jetzt, hier und heute, Antworten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ohne Antworten werden sie kein Vertrauen zurückgewinnen. Dieses Vertrauen in das weltweite Finanzsystem und die Arbeit der Banken ist aber wichtig, ja unerlässlich für eine langfristige Stabilisierung. Wir brauchen deshalb eine umfassende Antwort für den gesamten Finanzsektor. Dies hat derzeit aus unserer Sicht absolute Priorität.

Das Bundeskabinett hat einen umfassenden Maßnahmenplan zur Stabilisierung des Finanzmarktes, zur Sicherung der Kapitalversorgung und zur Absicherung der Sparer und Anleger beschlossen. Es handelt sich um das größte Rettungspaket, das jemals in unserer deutschen Volkswirtschaft geschnürt worden ist. Hierfür gebührt unser Dank der Bundesregierung und insbesondere dem Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der durch sein entschlossenes, beherztes und gradliniges Handeln hier das Richtige getan hat.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, um es klipp und klar zu sagen: Das Paket, das von der Bundesregierung geschnürt wurde, soll den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit geben. Es ist kein Sicherungspaket für Banker, für Manager, die uns in die Bredouille geführt haben.

(Beifall von der SPD)

Zu diesem Rettungspaket gibt es auch keinerlei Alternative. Dieses Paket darf jetzt nicht zum Gegenstand von kleinlichem politischem Gezänk werden.

(Zurufe von der CDU)

Ich hoffe, dass wir uns einig sind, dass dies eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, also auch eine Aufgabe, an der sich die Länder beteiligen müssen. Allein ein solches gemeinsames Bekenntnis des Landtags rechtfertigt die heutige Sondersitzung.

(Beifall von SPD und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Vertrauen zurückgewinnen bei den Menschen – das erreicht man nur, wenn man geschlossen handelt und wenn Politik hier an dieser Stelle und zum jetzigen Zeitpunkt Geschlossenheit zeigt. Die Bürgerinnen und Bürger warten auf eine gemeinsame Verpflichtung zur Verantwortung.

Ich hätte mir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, gewünscht, dass Sie diesen Impuls zur Gemein-

samkeit gegeben hätten und nicht erst dazu hätten gedrängt werden müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dass diese Entschlossenheit und Geschlossenheit der Großen Koalition Früchte trägt, sieht man an der wenn auch immer noch wackeligen Erholung der Aktienmärkte. Die Große Koalition hat in dieser schwierigen Lage Handlungsfähigkeit bewiesen. Diese Handlungsfähigkeit muss Politik jetzt insgesamt durchtragen.

Natürlich müssen die Ministerpräsidenten die Interessen ihrer Länder im Blick haben. Sie, Herr Ministerpräsident, verhandeln die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen. Dabei haben Sie unsere Unterstützung. Doch es gilt dabei, die Verantwortung für das Ganze nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Summe von Einzelinteressen ergibt eben nicht ein mögliches großes Gesamtinteresse. Die Menschen erwarten eine Lösung, die trägt und die ihnen wieder ein Stück Sicherheit geben kann.

Über das, was jetzt getan werden muss, sind wir uns im Großen und Ganzen, denke ich, einig. Doch wir müssen diese Krise – auch das ist heute wichtig – zu einer grundsätzlichen Neubestimmung zentraler politischer Positionen nutzen.

(Beifall von der SPD)

Erstens. Die Bundesregierung und vor allem auch der Finanzminister haben klargemacht: Der maßlosen Profitgier einiger skrupelloser Banker und Manager müssen wir dauerhaft einen Riegel vorschieben.

(Beifall von der SPD)

Ich nenne dafür die Stichworte: Wir müssen die Banken in die Pflicht nehmen, in Zukunft wieder solider zu wirtschaften und auf unseriöse, undurchschaubare Finanzprodukte zu verzichten, die zu diesem weltweiten Desaster geführt haben. Wir als Sozialdemokraten reden auch in diesem Zusammenhang nicht nur über Mindestlöhne, sondern ebenfalls über sittenwidrig hohe Einkommen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Zweitens – und das ist wichtig, in dieser Situation festgehalten zu werden –: Das freie, unregelte Spiel der Märkte, der Kräfte auf den Finanzmärkten, ist gescheitert. Das System hat seinen Offenbarungseid geleistet.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist interessant, wer jetzt alles nach dem Staat ruft. Selbst der Chef der Deutschen Bank lässt sich zitieren mit: Ich glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes.

(Zustimmung von der SPD)

Meine Damen und Herren, um zukünftige Krisen dieser Art zu vermeiden, sind international abgestimmtes Handeln und eine Regulierung der Finanzmärkte notwendig. Dafür setzen wir Sozialdemokraten uns schon lange ein.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Nein, wir haben uns dafür schon lange eingesetzt. Es lohnt sich ein Blick in unser Hamburger Grundsatzprogramm. Da haben wir unter der Überschrift „Globalisierung gestalten – sozial und fair“ genau diese Punkte aufgelistet. Zu dem Zeitpunkt waren andere Parteien noch auf einem stramm neoliberalen Kurs und haben dem ungehemmten Wettbewerb gehuldigt – unter anderem in Leipzig, Herr Ministerpräsident.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Drittens. Auch Ihre Koalitionsvereinbarung in Nordrhein-Westfalen atmet diesen Geist.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aufpassen, Herr Pinkwart!)

Ich zitiere:

Wir vertrauen auf die Fähigkeiten der Menschen statt auf die Regulierung durch Staat und Bürokratie.

Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von CDU und FDP, würden Sie auch heute noch so formulieren?

(Zurufe von der CDU: Ja, sicher! – Lachen von der SPD)

– Ja? Sollen die Menschen in diesem Land tatsächlich auf einen Herrn Funke vertrauen, den wegen Unfähigkeit aus dem Amt gechassten Ex-Chef von Hypo Real Estate? Sollen die Bürgerinnen und Bürger noch immer auf die Fähigkeiten der Bankberater vertrauen, die ihnen diese hoch riskanten Papiere angedreht haben?

Herr Ministerpräsident, Sie setzen Staat und Bürokratie gleich. Damit diffamieren Sie den Staat in seiner notwendigen Regelungsfunktion. Diese Regelungsfunktion muss der Staat einnehmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das passt in Ihren Reden nicht mehr zusammen. Sie tragen immer noch die Monstranz des „Privat vor Staat“ vor sich her. Verabschieden Sie sich doch davon!

(Beifall von der SPD)

Die weltweite Entwicklung macht schließlich eines deutlich: Ohne einen handlungsfähigen Staat wäre eine Rettung in dieser Situation nicht möglich. – Das ist doch ein ganz entscheidender Punkt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Zeit ist deshalb überfällig für eine Kurskorrektur dieser falschen Ideologie, wie wir sie schon seit Beginn Ihrer Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen fordern.

Viertens. Unstreitig ist auch, dass bei den Landesbanken Handlungsbedarf besteht. Wir müssen hier zu einer stärkeren Fusion und Kooperation kommen. Heute kann aber niemand mehr behaupten, wie es anfangs ja der Fall war, dass es Private besser können.

In einem Leitartikel der „Süddeutschen Zeitung“ vom Samstag heißt es unter der Überschrift „Was die Not lehrt“ – ich zitiere –:

Die Entstaatlichung der Daseinsvorsorge war eine Gefahr für die Demokratie, weil niemand mehr mit seiner Stimme Einfluss darauf nehmen konnte, was dort passiert; das entschied im schlimmsten Fall eine Briefkastenfirma auf den Kaimaninseln. Das kann nicht länger so sein.

Die Krise habe die Augen dafür geöffnet, was falsch gemacht worden sei. So passe das System der Sparkassen angeblich nicht in das EU-Bild vom freien Wettbewerb. In diesem Zusammenhang heißt es in dem Text weiter:

... jetzt gelten die beschmunzelten Sparkassen als Hort der Stabilität in der Großkrise.

Wie wahr!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, das haben die Bürgerinnen und Bürger auch erkannt. Die Zuwächse in dreistelliger Millionenhöhe, die die Sparkassen zurzeit bei den Einlagen verzeichnen, zeigen das ja.

Die Bankprofis – das hat mich besonders überrascht – wissen auch, dass die Einlagen bei den Sparkassen sicher sind. So hat der frühere Chef der Deutschen Bank Hilmar Kopper in der „Zeit“ auf die Frage, welcher Bank die Menschen ihr Geld noch anvertrauen könnten, eingeräumt:

Wenn sie es zur Sparkasse um die Ecke bringen oder zur Deutschen Bank, bekommen sie weniger Zinsen, aber das Geld ist sicher.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von der SPD – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sind Sie für die Deutsche Bank?)

Das Problem der Menschen in Nordrhein-Westfalen ist aber, Herr Ministerpräsident, dass bei Ihnen die Sparkassen nicht mehr sicher sind. Das ist doch der Kern des Problems.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Finanzminister, die Menschen haben die Zusammenhänge längst verstanden.

(Zuruf von der CDU: Sie nicht!)

Ich fordere die Regierungsfractionen eindringlich auf: Nutzen Sie die Zeit bis zu den Plenarberatungen in der kommenden Woche, um noch einmal in sich zu gehen. Dort steht unser Antrag auf der Tagesordnung, den Entwurf des Sparkassengesetzes zurückzunehmen. Es stände auch Ihnen gut an, endlich Ihre Lehren aus der Bankenkrise zu ziehen und dieses Vorhaben zu stoppen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Fünftens. Diese beispiellose Finanzkrise wird, fürchte ich, nicht spurlos an der Wirtschaft vorübergehen. Das wissen wir alle. Durch sinkende Steuereinnahmen wird sich das auch kurzfristig unmittelbar im Haushalt niederschlagen, Herr Ministerpräsident. Dies zu verdrängen oder schönzureden, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

(Zuruf von der CDU)

– Ich könnte Ihnen zahlreiche Anhaltspunkte aufzählen. Wir alle wissen, dass bei Opel in Bochum die Förderbänder stillstehen und auch bei Ford in Köln drastische Einbrüche bei den Pkw-Verkaufszahlen zu verzeichnen sind. Die Luftverkehrsunternehmen stehen ebenfalls vor großen Mengen von Stornierungen.

Das werden auch nicht die letzten Branchen sein. Wir alle haben zur Kenntnis genommen, dass die Wirtschaftsweisen in ihrem Herbstgutachten nur noch von einem Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozentpunkten ausgehen. Sie sehen uns am Rande einer Rezession. Die Bundesregierung hat ihre Konjunkturerwartungen heute ebenfalls nach unten korrigiert.

Herr Ministerpräsident, dem Entwurf Ihres Landeshaushalts 2009 liegt noch eine Wachstumsprognose von 1,2 % zugrunde. Darauf stützt sich die Erwartung, 1,7 Milliarden € mehr Steuern einzunehmen. Im Entwurf der mittelfristigen Finanzplanung gehen Sie sogar von jährlichen Steigerungsraten von 4 % aus.

Das ist aus heutiger Sicht nicht mehr realistisch. Herr Finanzminister, die Grundannahmen Ihres Haushaltes 2009 stimmen nicht mehr. Ich sage Ihnen voraus: Sie werden an Korrekturen nicht vorbeikommen.

(Helmut Stahl [CDU]: Herr Steinbrück auch nicht!)

Das müssen Sie den Menschen auch sagen. Es geht jetzt um Ehrlichkeit. Wenn man Vertrauen bei den Menschen zurückgewinnen will, muss man ihnen das auch sagen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Rettungspaket ist die erste richtige Antwort auf die Herausforderungen. Es ist ein Feuerlöscher zur akuten Brandbekämpfung.

Um einen Flächenbrand dauerhaft zu ersticken, müssen wir aber weitere Konsequenzen ziehen. Wir müssen aus den Fehlentwicklungen lernen. Die Finanzmärkte brauchen neue, international abgesicherte Verkehrsregeln. Es sind internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung der verantwortlichen Finanzmarktakteure erforderlich. Nicht zuletzt müssen auch die Managergehälter wieder auf ein verantwortungsbewusstes Maß zurückgeführt werden.

Hier im Land gilt es aber ebenfalls zu handeln. Auch hier müssen falsche Weichenstellungen korrigiert werden. Die Irrlehre „Privat vor Staat“ schadet den Märkten und schadet den Menschen. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der zwar effizient aufgestellt sein muss, aber auch so handlungsfähig sein muss, dass er Regeln setzen kann und die Einhaltung von Regeln auch effizient kontrollieren kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich wiederhole es abschließend noch einmal: Die Novelle des Sparkassengesetzes muss vom Tisch, und die Haushaltsdaten müssen angepasst werden.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, der erste Schritt, über den wir heute diskutieren, ist richtig und wichtig, aber er reicht nicht aus. Wir Sozialdemokraten stehen dazu bereit, nicht nur den ersten, sondern auch die notwendigen weiteren Schritte zu gehen. Wir müssen wieder zu einer Ordnung der Verantwortung zurückkehren, einer Ordnung, bei der alle, jeder für sich, die Verantwortung für das Ganze tragen und sich dieser Verantwortung stellen. Das hart erarbeitete Geld von Bürgerinnen und Bürgern darf nicht in den Händen von Finanzzockern verbrannt werden. Wenn wir diese zügellose Verantwortungslosigkeit weiter zulassen, bedroht dies letztlich auch unsere Demokratie.

(Christian Weisbrich [CDU]: Wer will das denn?)

Wir Sozialdemokraten wollen den Kasinokapitalismus beenden und die soziale Marktwirtschaft stärken. Das erwarten die Menschen von uns. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kraft. – Als nächstem Redner gebe ich Herrn Stahl von der CDU-Fraktion das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Kraft, das ist aus meiner Sicht ein bedauerlicher Auftritt gewesen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD: Jetzt wird es peinlich! War das schon alles?)

Sie haben den Versuch unternommen, der misslingen musste: sich zum Krisengewinner, zur Krisengewinnerin der globalen Finanzmarktkrise zu machen.

(Unruhe bei der SPD)

Das kann nicht aufgehen.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: In welchem Kino sind Sie denn gewesen? Sie haben einen falschen Film gesehen!)

Sie haben nicht zur Kenntnis genommen, dass der Finanzminister hier von dieser Stelle aus erklärt hat, dass es selbstverständlich so ist, dass am Sparkassengesetz gearbeitet wird. Er hat auch gesagt, dass man in Gesprächen sei.

Vielleicht nehmen Sie auch noch einmal einen Augenblick zur Kenntnis, dass das, was wir im Frühjahr diesen Jahres für die WestLB und mit der WestLB getan haben, strukturell in etwa dem entspricht, was sich der Bund jetzt zu tun gezwungen sieht.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist von Ihnen hart und massiv bekämpft worden. Ich bitte Sie – Sie haben es wieder getan –, endlich Schluss zu machen mit der Unterstellung, irgendjemand auf dieser Seite des Plenums

(Der Redner zeigt in Richtung der Fraktionen von CDU und FDP.)

dächte daran, die Sparkassen zu privatisieren,

(Beifall von CDU und FDP)

die Sparkassen in ihrer Kraft zu schwächen.

(Zurufe von Rainer Schmeltzer [SPD] und Gisela Walsken [SPD])

Keiner denkt daran. Es ist wie immer die immer gleiche Schallplatte mit dem immer gleichen Riss an der immer gleichen Stelle.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das erinnert mich an Walter Ulbricht! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Bei Ihnen!)

Ich sage Ihnen: Da lügen Sie! Das ist nicht anständig.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe nicht die Absicht, mich jetzt detaillierter mit dem auseinanderzusetzen, was Sie sagten, sondern ich habe die Absicht, deutlich zu machen, wie ich in den letzten 14 Tagen empfunden habe und wie, wie ich weiß, auch viele Bürgerinnen und Bürger empfunden haben.

Wir hatten sitzungsfreie Zeit. Wir haben uns alle, wie ich hoffe, ein wenig Auszeit genommen. Ich bekenne, dass ich weniger entspannt aus dem Urlaub zurückgekommen bin als üblicherweise – zum Leidwesen meiner Frau. Ich habe den freien Fall der Aktienkurse weltweit mitverfolgt. Das hat mich tief beunruhigt.

(Zurufe von Horst Becker [GRÜNE] und Ewald Groth [GRÜNE] – Anhaltende Unruhe – Glocke)

Wenn die Aktienkurse kollabieren, dann geht es nicht darum, dass dadurch auch irgendwelche Finanzmanager und irgendwelche anderen einen Schaden erlitten haben. In den letzten Wochen haben aber eine ganze Menge Menschen ganz viel Angst gehabt, ganz viele Menschen, die beispielsweise ihre Alterssicherung auch auf Finanzprodukten aufgebaut haben, die an Kapitalmärkten, an Finanzmärkten gehandelt werden. Da herrschte richtig Angst.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Und was ist die Konsequenz?)

Es gab auch eine Menge Angst bei Unternehmen, die ihre Investitionen – ich kenne einen solchen konkreten Fall einer Maschinenhalle – zurückgestellt haben, nicht wissend, wie die weitere Entwicklung laufen würde, ob sie noch einmal zu gleichen Konditionen Kredite erhalten könnten, die sie brauchen, um so zu kalkulieren, dass sich das Ganze rechnet. Ich weiß von mit mir befreundeten Menschen, die daran dachten und denken, ein Eigenheim zu bauen, eine Eigentumswohnung zu erwerben, und die das zurückstellen, schlicht, weil sie nicht kalkulieren können, ob die Lasten, die ihnen zukünftig erwachsen, für sie tragbar sind.

Ich bekenne, ich hatte die ganze Zeit dieses mich ängstigende Bild des Jahres 1929 des Bürgers vor Augen, der gut und korrekt gekleidet das Schild „Nehme jede Arbeit“ hochhält. Es ist noch nicht ausgeschlossen, dass wir in eine wirtschaftliche Situation geraten, in der wir in unserer wirtschaftlichen, in unserer Arbeitsmarktentwicklung um Jahre, möglicherweise um Jahrzehnte zurückgeworfen werden können. Noch ist die Gefahr nicht ganz gebannt.

Aber es gibt Hoffnung. Diese Hoffnung ist heute Morgen Gegenstand unserer Debatte. Es ist gelungen, mit einem Maßnahmenpaket die Finanzmärkte zu beruhigen und eine Plattform zu schaffen, damit wieder mehr Sicherheit, wieder mehr Vertrauen einkehrt, das es ermöglicht, wieder auf wirtschaftliches Wachstum, auf wirtschaftliche Wohlfahrt, auf soziale Sicherheit zu setzen.

Ich danke da ausdrücklich dem Duo Bundeskanzlerin und Bundesfinanzminister und erkenne an, was beide hier national und international geleistet haben.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, ich habe die Größe, meinen Respekt auch Herrn Steinbrück zu zollen, genauso wie ich meinen Respekt und meine Anerkennung der Bundeskanzlerin entgegenbringe. Sie haben deutsche Interessen international wie national in hervorragender, in vorzüglicher Art und Weise vertreten. Und das verdient Dank, das verdient Anerkennung an beide.

(Beifall von der CDU)

Durch die Politik sind Höchstleistungen erbracht worden, die, wie ich finde, anerkannt werden müssen. Man hat sich daran gewöhnt, sich an der Politik zu reiben, die Politik für alles und jedes an den Pranger zu stellen. Und auf einmal ist es der Staat, der einzig in der Lage scheint, wieder Vertrauen neu zu begründen – einzig und allein.

(Zurufe von der SPD)

Und dieses Vertrauen ist nicht dauerhaft erreichbar, wenn nicht auch die Öffentlichkeit, die Menschen jenseits der Stammtische und der Glossen, uns allen, die wir diesen Staat tragen und repräsentieren, ein Stück mehr Respekt entgegenbringt.

(Beifall von CDU und FDP)

Worum es heute Morgen geht, ist, dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister den Rücken zu stärken für die Aufgabe, die sie jetzt im Interesse des Landes in Berlin zu erfüllen haben. Bei allem Respekt vor Peer Steinbrück, vor unserem Bundesfinanzminister: Wir als Land haben auch eigene Interessen, ein eigenes Interesse auch daran, dass wir nicht doppelt zur Kasse gebeten werden,

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

nämlich einerseits zur Finanzierung des Schirms und andererseits zur Finanzierung der Sparkassen und der Landesbanken. Wir wollen nicht doppelt zahlen. Deshalb ist es wichtig, dass dieser Landtag insbesondere den beiden, aber auch der Landesregierung insgesamt den Auftrag mitgibt, in diesem Sinne in Berlin zu verhandeln. Denn das ist nicht nur das Interesse Einzelner, das ist Interesse dieses Landtages, das ist Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden, Frau Kraft, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der kommenden Woche, in den kommenden Monaten noch viel gründliche, ehrliche Arbeit zu leisten haben, was die Aufarbeitung der Ursachen und Wirkungen dieser Finanzkrise angeht. Ich und wir erwarten auch von denen, die in der Finanzindustrie Verantwortung tragen, ein gerüttelt Maß an Selbstkritik an dem, was sie in den letzten Jahren getan haben und wie sie in den letzten Jahren nicht nur die Wirtschaft der Länder,

(Zuruf von Sören Link [SPD])

sondern auch die Wirtschaft global gefährdet haben. Es gilt – das ist völlig unbestritten –, dem Gewinnstreben, das sinnvoll und notwendig ist, da Grenzen zu setzen, wo es ins Unseriöse kippt, wo es in eine Richtung kippt, die geeignet ist, die Vertrauensbasis, auf der die Wirtschaft schlussendlich beruht, zu zerstören.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

– Da sind wir möglicherweise in der Aufarbeitung gar nicht weit auseinander. Aber wir unterscheiden uns deutlich, Frau Kollegin Kraft, in unserem Verständnis vom Staat. Wir sind Repräsentanten und Vertreter der sozialen Marktwirtschaft. Jeder, der sich damit auseinandergesetzt hat, was soziale Marktwirtschaft in ihrer Entstehung bedeutet, der den Versuch unternommen hat, die Quellen nachzuarbeiten, aus denen heraus sich soziale Marktwirtschaft speist, der wird auf Namen kommen wie Alexander Rüstow, Walter Eucken, Müller-Armack und Ludwig Erhard.

Wenn Sie diese Werke einmal Revue passieren lassen, dann werden Sie stets eines finden: den Gedanken des Ordo, der Ordnung. Sie werden überall das finden, wozu wir uns selbstverständlich bekennen, Sie werden überall finden, dass eine soziale Marktwirtschaft eines starken Staates bedarf. Das werden Sie überall dort finden.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich kann nichts dafür – sorry –, wenn Sie über Dinge reden, die Sie nicht selbst versucht haben zu verarbeiten. Das kann ich Ihnen nicht abnehmen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Ein starker Staat ist kein Staat, der überall hineininterveniert.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein Staat, der überall seine Finger drin hat, der kann nie diese Finger zu einer Faust ballen, um Rahmenbedingungen zu setzen, die wir brauchen, damit Wirtschaft so funktioniert, wie sie im Interesse der Menschen funktionieren muss.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben ein anderes Konzept von Staat als Sie, und wir werden es weiterentwickeln.

Zum Schluss haben Sie angesprochen – das ist eine reale Gefahr, die wir alle sehen –, dass die Wirkungen der Finanzmarktkrise nicht auf die Finanzmärkte beschränkt bleiben, sondern in die Realwirtschaft überschwappen. Das ist im Übrigen de facto auch schon geschehen, wenn wir uns die Bestellziffern – Sie sprachen es an – bei der Automobilindustrie – jeder siebte Arbeitsplatz in Deutschland hängt davon ab – vergegenwärtigen.

Wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass wir schnell wieder die notwendige Verlässlichkeit und

Sicherheit in die Politik hineinbringen. Wir müssen es so schnell wie möglich schaffen, dass die Menschen wieder verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden. Es gehört nicht zu verlässlichen Rahmenbedingungen, Frau Kollegin Kraft, heute vom Finanzminister zu erwarten, dass er Ihnen veränderte Eckdaten für den Haushalt 2009 nennt.

Sie haben von Schönreden gesprochen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Noch einmal: Ich habe zu Beginn gesagt, Frau Kollegin Kraft, dass Sie heute Morgen den Versuch unternommen haben, zur Gewinnerin der globalen Finanzkrise zu werden. Nur: Dieser Versuch ist misslungen. Sie haben hier von Schönrede gesprochen. Es ist Aufgabe des Finanzministers, nach Steuerschätzung, die dann zu regionalisieren ist, in bundesweiter Absprache die Eckdaten für den Haushalt 2009 zu definieren und uns diesen veränderten Haushalt dann zur Beschlussfassung vorzulegen. Wenn er es jetzt täte, würde er genau das tun, was wir von ihm nicht erwarten, nämlich dazu beitragen, dass keine Sicherheit in unserer Wirtschaft, in unserer Gesellschaft eintritt.

Wir haben Ihnen gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von der FDP einen Entschließungsantrag vorgelegt, den wir heute miteinander verabschieden könnten und verabschieden sollten. Dieser Antrag verfolgt als klares Ziel, das zu realisieren, was Sie eingefordert haben, Frau Kraft, nämlich die Geschlossenheit dieses Landtags als Rückendeckung für diejenigen herzustellen, die für uns in Berlin für das Land Nordrhein-Westfalen verhandeln und Sorge dafür tragen müssen, dass dabei das bestmögliche Ergebnis für uns herauskommt. Wir laden Sie herzlich ein, dem zuzustimmen.

Herr Ministerpräsident! Herr Finanzminister! Verehrte Landesregierung! Sie können sich unserer Unterstützung im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen in den nächsten Tagen und darüber hinaus sicher sein. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt deren Vorsitzende, Frau Löhrmann, das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es richtig, dass der Ministerpräsident und der Finanzminister das vorgetragen haben, was sie vorgetragen haben. Aus unserer Sicht sollten sie sich alle Zeit der Welt nehmen, das vorzutragen, was sie dem Parlament hier und heute als ihre Zielrichtung und Herangehensweise zu vermitteln haben. Wenn nämlich eine Fragestellung in dieser

Situation in dieses Haus gehört, welche sollte es dann sein, wenn nicht die, die uns alle in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und weltweit beschäftigt?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe das ganze Gerede darüber, ob das richtig ist, hier und heute zu debattieren, nicht verstanden. Das Thema gehört nämlich hierher, wenn wir unser Parlament in Nordrhein-Westfalen ernst nehmen. Das sollten wir tun. Dann gehört diese Fragestellung in dieses Parlament.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Stahl, ich weiß nicht, was Sie gestern geritten hat, als Sie uns dermaßen angegriffen haben. Ich kann nur sagen: Sie wollten uns und weiten Teilen der Öffentlichkeit wohl Ihre heutige Rede ersparen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich füge ausdrücklich hinzu: An einer Stelle, an der es interessant wurde, haben Sie sie leider die Kurve zu früh genommen. Was bedeutet das, was Sie heute zu ihrem persönlichen Staatsverständnis und dem Ihrer Fraktion gesagt haben, konkret in der Umsetzung für das Regierungshandeln der regierungstragenden Fraktionen mit Blick auf diese Krise? An der Stelle wird es doch interessant: Ist Politik lernfähig oder sagt sie „Durchhalten! Weitermachen! Verabschieden! Beklatschen!“, so wie wir es hier leider so oft erlebt haben?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Oder haben wir gemeinsam – ich sage: wir gemeinsam – die Kraft, innezuhalten und einzugestehen, wo wir Fehler gemacht haben und diese korrigieren müssen? – An der Stelle haben Sie leider nicht das gesagt, was wir konkret von Ihnen erwartet hätten.

Aber darauf kommt es an, und da muss sich Politik als handlungs- und lernfähig erweisen, damit die Menschen das Vertrauen, das wir für den Staat, das Wirtschaftssystem und die Demokratie zurückgewinnen wollen, wieder aufbauen. Dann hätte diese Krise etwas Positives, wenn wir sozusagen „zu neuen Ufern aufbrechen“. Darum geht es uns heute in der Diskussion.

Meine Damen und Herren, die Finanzmärkte sind aus dem Ruder gelaufen. Das ist keine Entwicklung der vergangenen Wochen oder Monate, sondern dabei handelt es sich um eine Entwicklung über Jahre. Jahrelang hat sich Politik dem ergeben. Dabei nehme ich niemanden aus.

Wer aber meint, dass die Finanzkrise ein Unfall ist, hat nichts verstanden. Sie ist nämlich kein Unfall, sondern das unvermeidliche Versagen eines zügellosen Finanzmarktes, der nicht mehr seine eigentliche Aufgabe im Blick hatte, sondern nur noch möglichst hohe Gewinne mit zum Teil rein virtuellen Werten, abgekoppelt von realer Wertschöpfung; eines Finanzmarktes, der seine eigentliche Funktion, nämlich Finanzierungsinstrument für die Real-

wirtschaft zu sein, längst in den Hintergrund gedrängt hat.

Dauerhaft Renditen von 25 % und mehr haben zu wollen, ist bei einem Wirtschaftswachstum von 1 bis 2 % absurd. Das kann auf Dauer nicht gutgehen. Das ist eben nicht nachhaltig.

Hinzu kommen völlig undurchsichtige und irreale Finanzgeschäfte, die dieses Erdbeben ausgelöst haben. Es ist längst nicht mehr nur eine Krise der Finanzmärkte.

Dieses Erdbeben erschüttert die Weltwirtschaft in ihren Grundfesten. Der Vertrauensverlust in die Märkte führt zu mangelndem Geldfluss und trifft damit auch bisher gesunde Teile der Realwirtschaft. Investitionen bleiben aus, Wachstum schrumpft bis zur Rezession, Arbeitsplätze sind gefährdet, Steuereinnahmen und damit auch der politische Spielraum für Investitionen sinken. Deutschland als exportorientiertes Land ist davon ganz besonders betroffen.

Das alles ist die Folge des Finanzerdbebens, das die ganze Welt erschüttert.

Doch, meine Damen und Herren, es ereignet sich – etwas unbemerkter – auch ein politisches Erdbeben: Hätte jemand vorhergesagt, dass die Vereinigten Staaten Banken in großem Ausmaß teilverstaatlichen, wäre er für einen Spinner gehalten worden. Wenn eine vor zwei oder drei Jahren gesagt hätte, was heute Steinbrück und Merkel in Berlin verkünden, wäre sie von sämtlichen Fraktionen hier im Hause als Kommunistin beschimpft worden.

Meine Damen und Herren, wir sind in diesen Tagen und Wochen Zeugen des Endes der Marktradikalität des enthemmten Kapitalismus.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Lachen von der FDP)

Aber nur am Rande: Das jetzige Agieren der Großen Koalition, das Sie hier alle preisen, hat mit deren Koalitionsvertrag ebenfalls herzlich wenig zu tun. Was für den Koalitionsvertrag hier in Nordrhein-Westfalen gilt, gilt auch für den Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin. Das will ich auch sehr deutlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dort forderten die Koalitionäre – wohlgemerkt die von CDU und SPD – den Ausbau des deutschen Finanzmarktes und den Abbau angeblich überflüssiger Regulierungen. Also auch dort weht ein ganz anderer Wind.

Von Ihnen von der CDU fände ich es insofern richtig, ein klares Wort zu sprechen: Ja, wir haben einen Fehler gemacht, erweisen uns als lernfähig und stellen die Weichen neu!

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieses Eingeständnis gehört dazu, damit die Glaubwürdigkeit entsteht, die erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, wenn einer Fraktion hier im Hause, einer Partei in Deutschland angesichts dieser Katastrophe ein wenig mehr Demut wirklich gut zu Gesicht stünde, wäre das die FDP.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie, meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, haben in den letzten 25 Jahren jeden Tag nichts anderes gepredigt als: Der Staat soll die Märkte machen lassen. Lasst den Markt nur schön in Ruhe; er macht das schon von ganz allein. Alles wird gut. – Meinen Sie nicht, es wäre an der Zeit, Ihre politische Ideologie zu überdenken oder zumindest eine gewisse Nachdenklichkeit an den Tag zu legen? Stattdessen blasen Sie sich auf und haben mal wieder alles schon immer gewusst.

Der Gipfel der Frechheit ist wirklich, dass sich Ihr Bundesvorsitzender, Herr Westerwelle, vor den Bundestag stellt und verkündet, diese Krise sei Ausdruck von Staatsversagen.

(Lachen von der SPD – Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

Erst fordern Sie jahrelang, dass sich der Staat zurückziehen soll, um ihm dann das eklatante Versagen des Marktes in die Schuhe zu schieben!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir werden Zeugen, wie in diesen Tagen der Staat Fluchtpunkt für Vertrauen geworden ist. Das Primat der Politik gilt wieder. Der Privat-vor-Staat-Spuk ist endgültig vorbei. Die Finanzkrise muss das Ende der Privat-vor-Staat-Ideologie bedeuten – und zwar auch hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir erleben im Moment einen Paradigmenwechsel.

Herr Ministerpräsident, einige der Koordinaten Ihres Koalitionsvertrags gelten nicht mehr. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie hier und heute erläutern,

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers winkt ab.)

welche Konsequenzen Sie aus diesem Paradigmenwechsel für das Regierungshandeln in diesem Land ziehen. Das sollten Sie nicht nur in anderen Reden tun, die Sie woanders halten, sondern hier in diesem Parlament für das Handeln dieser Regierung. Darauf haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen Anspruch, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir wissen, dass Sie schön darüber reden können, aber wir möchten es hier und heute gerne konkret wissen.

Bleiben wir in Nordrhein-Westfalen: Herr Rüttgers, wie schnell Sie als Ministerpräsident des größten Bundeslandes der Bundesregierung quasi einen Blankoscheck ausgestellt haben, hat mich wirklich erschreckt.

(Minister Andreas Krautscheid: Quatsch!)

Mit dieser vorschnellen, beinahe uneingeschränkten Zustimmung verursachen Sie für unser Bundesland möglicherweise Kosten von bis zu 7,5 Milliarden €.

(Widerspruch von der CDU)

Für 2010 droht NRW daher die größte Nettoneuverschuldung aller Zeiten.

(Zuruf von der Landesregierung: Das stimmt doch nicht!)

Wir kommen Sie eigentlich dazu, mit den Interessen unseres Landes so fahrlässig umzugehen?

(Widerspruch von CDU und FDP)

– Liebe Kollegen, es kann doch nicht sein, dass Sie einerseits beschreiben, welche immensen Ausmaße diese Krise hat, und andererseits behaupten, dass das auf den Haushalt des größten Bundeslandes keinerlei Auswirkung hat!

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Sie können vielleicht Ihrer Oma oder Ihrem Opa erklären, dass das keine Auswirkungen hat, meine Damen und Herren, aber nicht uns und der Öffentlichkeit.

(Unruhe – Glocke)

Es gibt keinerlei gesetzliche Basis für die von der Bundesregierung diktierte Kostenaufteilung. Der Bundesfinanzminister will vielmehr im Bunde mit der Bundeskanzlerin eine neue föderale Finanzaufteilung, die in der Föderalismuskommission kläglich gescheitert ist, durch die Hintertür einführen. Dabei reicht es auch nicht aus, dass sich Finanzminister Linssen jetzt noch um einen Kostenausgleich für die Lasten der WestLB-Rettung bemüht – so richtig diese Forderung aufgrund der durch den Ministerpräsidenten deutlich verschlechterten Ausgangssituation NRWs auch ist.

Herr Ministerpräsident, natürlich ist es richtig, den Finanzmarkt zu stabilisieren. Aber genauso berechtigt ist es, die Interessen unseres Landes

(Beifall von den GRÜNEN)

in die Diskussionen mit dem Bund einzubringen. An dieser leichten Multitaskingaufgabe sind Sie zum Schaden Nordrhein-Westfalens erneut gescheitert.

(Widerspruch von der CDU)

Aus unserer Sicht kann auch in dieser Lage doch nur folgender Grundsatz gelten: Wenn der Bund die Ausgestaltung des Rettungspakets alleine aushan-

delt, hat er es auch alleine zu tragen. Wer bestellt, bezahlt – das sagen Sie doch sonst auch immer.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Wenn die Länder mitbezahlen sollen, müssen sie auch mitbestimmen können, und zwar auf zwei Ebenen

(Josef Wilp [CDU]: Was hat er denn gemacht?)

– seien Sie einfach mal ein bisschen geduldig! –: zum einen bei der konkreten Ausgestaltung und Anwendung des Rettungspakets, weil doch ziemlich viele Ermächtigungen formuliert sind, bei denen der Bundesrat völlig raus ist – Sie sollten bitte auch ins Kleingedruckte gucken –, und zum anderen bei der absolut notwendigen Schaffung eines neuen Ordnungsrahmens, in dem sich die Finanzwelt zukünftig bewegen muss.

Darum geht es mir heute, Herr Rüttgers, und nicht darum, wie Sie und der Kollege Stahl reflexartig vermutet haben, Ihnen erneut Ihr Versagen bei der WestLB und dem Sparkassengesetz vorhalten zu können. Dafür wird es noch hinreichend Gelegenheiten geben, wenn Sie nicht doch noch zur Einsicht kommen.

Meine Damen und Herren, wir, der Staat, die Gesellschaft, müssen die Regeln bestimmen können, nach denen sich unser Finanzsystem richtet.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: „Wir, der Staat“! – Lachen von CDU und FDP)

Wir, der Staat und die Gesellschaft – selbstverständlich.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Nur gut, dass die Grünen nicht der Staat sind!)

– Meine Güte. Sind Sie nicht Teil des Staates?

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ich bin nicht Teil des Staates!)

– Natürlich sind Sie Teil des Staates und der Gesellschaft.

(Zurufe von Rainer Schmeltzer [SPD] und Ralf Witzel [FDP] – Glocke)

Wir verstehen uns als Teil des Staates und der Gesellschaft, die diesen Staat ausmacht – und das finde ich auch richtig so.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Das ist mal etwas Neues, dass der Ministerpräsident nicht Teil des Staates ist! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Edgar Moron: Meine Damen und Herren, jetzt beruhigen wir uns mal wieder ein bisschen!

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Das finde ich sehr nett, Herr Präsident. – Wenn ich von „wir“ rede, meine ich uns als Parlament. Wenn Sie von sich nur als CDU reden, finde ich auch das bedauerlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Wir haben uns als Parlament zu orten und unsere Verantwortung ernst zu nehmen. Die Politik muss die Regeln bestimmen können, nach denen sich unser Finanzsystem und unser Wirtschaftssystem richten. Das ist Demokratie – auch und gerade in der Globalisierung.

Da die Krise die ganze Welt erfasst hat, da auf der ganzen Welt ein nie da gewesenes immenses Problembewusstsein gewachsen ist, besteht heute die einmalige Chance, eine internationale Verständigung über eine neue Finanzarchitektur einschließlich neuer Spielregeln herbeizuführen. Es besteht die einmalige Chance, die Globalisierung gerechter auszugestalten und sie damit für die Menschen positiv erlebbar zu machen. Für diesen Prozess der Verständigung ist die Europäische Union von unschätzbarem Wert.

Die zentralen Leitbilder für diese neue Finanzarchitektur müssen Transparenz, Stabilität und Nachhaltigkeit sein.

Mit unserem Antrag unterbreiten wir Vorschläge für einen solchen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte. Es darf nicht sein, dass Banken Risikoaktiva in außerbilanzielle Zweckgesellschaften verlagern und sich so ihrer Pflicht entledigen, das von ihnen eingegangene Risiko mit Eigenkapital zu unterlegen. Solche Zweckgesellschaften sind im Konzernabschluss voll zu konsolidieren. Dies muss gesetzlich ganz klar festgeschrieben werden.

Ferner muss dafür gesorgt werden, dass die weiterhin geltenden sowie die neuen Spielregeln auch konsequent umgesetzt und durchgesetzt werden. Das war in der Vergangenheit ganz offensichtlich häufig nicht der Fall – so etwa bei der IKB. Da haben Vertreter der Bundesregierung und der Landesregierung im Aufsichtsrat Verstöße nicht moniert. Insofern: Neben neuen klaren Regeln müssen die Aufsichtsbehörden die Einhaltung bestehender Regeln strikt einfordern und Verstöße sanktionieren.

Es darf nicht so bleiben, dass Banken Kredite in Form von Kettenverbriefung solange weiterreichen, bis niemand mehr weiß, wo und in welchen Büchern das Ausfallrisiko letztlich abgeladen wurde und wo sich so gegebenenfalls Klumpenrisiken gebildet haben.

Hier muss deutlich mehr Transparenz geschaffen werden, zum Beispiel durch ein internationales Kreditregister, in das Banken Kredite ab einer bestimmten Größenordnung eintragen lassen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es muss endlich damit Schluss sein, dass bestimmte Akteure bar jeden Gewissens über das Instrument des Leerverkaufs Kurse willkürlich manipulieren und so der Realwirtschaft immensen Schaden zufügen. Das muss unterbunden werden.

Es darf nicht so bleiben – wohlbemerkt: im Milliardenbereich –, dass ohne jegliche Kontrolle und ohne Qualitätsprüfung mit Finanzprodukten gehandelt wird, die selbst viele Bankfachleute nicht mehr verstehen. Hier bedarf es aus unserer Sicht eines Finanz-TÜVs.

Es darf auch nicht sein, dass die Ratingagenturen völlig unkontrolliert und ohne Qualitätssicherung in einem nahezu rechtsfreien Raum operieren. Hier bedarf es deutlich mehr Regulierung.

Wir müssen bestimmte Transaktionen mit einer Steuer belegen, damit sich die Finanzmärkte nicht noch einmal grundlegend von der Realwirtschaft abkoppeln, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit einer solchen Steuer – im Übrigen nichts anderes als eine erweiterte Tobin-Steuer – kann dafür gesorgt werden, dass sich bestimmte, volkswirtschaftlich schädliche Geschäfte schlichtweg nicht mehr lohnen. Dadurch sollen nicht Kleinanlegerinnen und Kleinanleger bei Aktienverkäufen zusätzlich belastet werden, sondern, Frau Thoben, es geht darum, Sand in das Treiben bestimmter Finanzakteure und ihre gefährlichen Geschäfte zu streuen. Darum geht es – ganz genau.

Das ist der Rahmen, meine Damen und Herren, den wir vorgeben müssen. Da ist auch eine Landesregierung, die einem Milliardenrettungspaket zustimmen soll, in der Verantwortung, dies ganz klar und hörbar einzufordern und die Bundesratsverfahren verbindlich durchzusetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind gespannt auf Ihre konkreten Vorschläge, weil Sie in Ihrem Entschließungsantrag mit einem vagen Satz sehr, sehr unkonkret bleiben.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich anmaßen, zu sagen, dass die Beantragung dieser Sondersitzung von einer – ich zitiere – erheblichen Unkenntnis der Vorgänge zeuge, dann ist das nicht nur eine Frechheit, sondern dann ist diese Aussage Beleg für Ihr mangelndes Demokratieverständnis.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zurufe von der CDU)

Morgen ist die Ministerpräsidentenkonferenz. Freitag beschließt der Bundesrat. Also besteht in dieser Woche realistischerweise die letzte Möglichkeit, am Rettungspaket der Bundesregierung etwas zu ändern, und Sie wollen den gewählten Volksvertretern, denen auch Sie verpflichtet sind, nicht Rechenschaft über Ihr Vorgehen ablegen?! Sie wollen uns mit vagen Aussagen über die Folgewirkung auf den

Landeshaushalt abspeisen?! Sie wollen den gewählten Volksvertretern das Recht verweigern, mitzureden?!

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Wer glaubt Ihnen denn so etwas?)

Das zeigt einmal mehr Ihre wachsende Missachtung des Parlaments, Ihre fehlende Demut gegenüber Ihrem Amt als Ministerpräsident.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von der CDU)

Ich sage jetzt noch einmal „wir“ – ich sage es wieder, wie ich es meine, nämlich –, nämlich wir, das Parlament, müssen später die Folgen Ihres Handelns verantworten. Wir müssen die Haushalte beschließen, in denen dann möglicherweise Milliarden Euro fehlen. Wir müssen den Kopf dafür hinhalten, wenn Sie sich – wie gestern – wegducken statt Haltung zu beweisen und die Interessen unseres Landes zu vertreten.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Und, Herr Finanzminister, ich hätte mir ...

(Minister Dr. Helmut Linssen: Was erzählen Sie denn da?)

– Warten Sie doch einmal! – Ich hätte mir eine klare Aussage darüber gewünscht – auch eben hier –, ob Sie – wie offensichtlich Ihr Kollege aus Bayern – es darauf anlegen, den § 13 komplett aus dem Paket heraus zu verhandeln. Das wüsste ich gerne von Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist nämlich der Paragraph, der die Landesbeteiligung in Höhe von 35 % vorsieht.

(Zuruf: Hat er doch ganz klar gesagt!)

– Der Finanzminister hat es nicht gesagt, sondern hat einen Zusammenhang mit dem nächsten Paragraphen hergestellt. Er hat auch nichts zur Ziffer 4 dieses Paragraphen gesagt, in dem es um die Ermächtigung des Bundesfinanzministers geht und durch den der Bundesrat bei diesem immensen Finanzpaket komplett außen vor ist. Es kommt doch darauf an, hier konkret Verantwortung wahrzunehmen und Mitsprache einzufordern.

Meine Damen und Herren, wer glaubt, dass dies nicht die Stunde des Parlaments ist, der hat offenbar nicht viel Vertrauen in die parlamentarische Demokratie. Ich hingegen glaube, dass der Parlamentarismus und die Demokratie sich gerade in Krisenzeiten wie diesen bewähren müssen und dadurch stärker werden.

Meine Damen und Herren, diese Krise, dieses Erdbeben ist auch eine Chance. Ja, wir müssen die in Seenot Geratenen jetzt retten. Wenn das Finanzsystem jetzt untergeht, dann reißt es viele mit. Deshalb brauchen wir vernünftige Rettungsboote. Aber

schon mit der Rettung müssen wir die Bankenflotte seetauglich machen und auch gefährliche Gewässer sperren, weil sonst das dicke Ende erst noch kommt und das Gleiche wieder von vorne losgeht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Wut der Menschen auf die Banken und auch auf die Politik ist groß, und ich kann das verstehen. Denn wer von 350 € im Monat leben muss, wer täglich seine Kinder in marode Schulgebäude bringt, wer Kinder hat, die nachmittags ohne Mittagessen aus der Schule kommen, wer kein Schwimmbad mehr im Ort hat, wer arbeitslos ist und nun keine Beratung mehr in den Arbeitslosenzentren bekommt, wer täglich in verspäteten Zügen nur einen Stehplatz ergattert – alles, weil der Staat dafür nicht genug Geld hat –, der fragt sich: Wo kommt jetzt auf einmal das viele Geld für die Banken her?

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieser Widerspruch ist für die Menschen und auch für uns nur schwer auszuhalten. Aber – auch das sage ich in aller Deutlichkeit – er eignet sich nicht für populistische Stimmungsmache.

Wir können deshalb die Menschen von der Notwendigkeit dieses Rettungspakets nur dann überzeugen, wenn wir gleichzeitig ernsthaft und glaubwürdig das enthemmte Treiben auf den Finanzmärkten ein für alle Mal beenden und das Problem jetzt in Angriff nehmen,

(Beifall von den GRÜNEN)

aber nicht nur mit vagen Absichtserklärungen. Nur dann haben wir die Chance, die Menschen davon zu überzeugen, dass das, was wir vorhaben, jetzt richtig ist. Ich sehe aber in dem, was Sie uns, meine Damen und Herren, heute hier vorgetragen haben, große Defizite.

Wir alle miteinander müssen dafür sorgen, dass die Banken einen strikten Regulierungsrahmen bekommen mit Regeln, die die Gesellschaft bestimmt, die der Staat bestimmt und bei denen der Staat auch der Schiedsrichter ist.

Bisher war der Staat ein Schiedsrichter, der die Regeln selber nicht mehr verstanden und deshalb auf deren Anwendung großzügig verzichtet hat. Das muss vorbei sein.

Ein starker Staat meint übrigens nicht Staatsdirigismus. Ein starker Staat meint, dass der Staat, dass die Gesellschaft die Regeln bestimmt und nicht ein hemmungsloser Markt ohne Regeln unseren Staat, unsere Gesellschaft im Würgegriff hat.

Herr Ministerpräsident, nutzen Sie die verbleibende Zeit, beim Rettungspaket darauf zu achten, dass die Interessen Nordrhein-Westfalens nicht hinten runterfallen! Das heißt: Wer bestellt, bezahlt. Geld für Banken nur gegen Einfluss und die Zusage eines

verbindlichen neuen Ordnungsrahmens für die Finanzmärkte!

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir die Chance, die in dieser Krise liegt, nutzen und in ein bis zwei Jahren mit einem guten Gefühl sagen können: Der Staat ist wieder da. Und auch in Nordrhein-Westfalen gilt wieder: Gemeinwohl geht vor Eigennutz.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion ihr Vorsitzender, Herr Dr. Papke, das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Löhrmann, ich hatte mir wie viele andere Kolleginnen und Kollegen in den Koalitionsfraktionen gestern schon die Frage gestellt, weshalb zu diesem Zeitpunkt, da die Verhandlungen in Berlin ja noch laufen, die Landesregierung also noch nichts Konkretes über das hinaus berichten kann, was der Finanzminister allen Fraktionen des Hauses auch schon gesagt hatte, diese Sondersitzung sein muss.

Sie haben diese Frage mit Ihrer Rede, Frau Löhrmann, wenigstens ein Stück weit beantwortet. Sie haben uns zumindest unterhalten, aber auf eine Art und Weise, die zwei Richtigstellungen und eine klare Anmerkung erfordert.

Erste Richtigstellung: Sie haben uns hier Kosten in Höhe von 7,5 Milliarden € vorgerechnet, die auf das Land Nordrhein-Westfalen zukämen. Ich will Ihnen, Frau Kollegin Löhrmann, das gerne noch einmal erläutern. Die Bundesregierung, die Kanzlerin, der Finanzminister und auch alle Experten, die an dem Entwurf des Rettungspaketes beteiligt waren, schätzen die Gesamtsumme, die in einem Worst-Case-Szenario ausfallgefährdet sein könnte und die dann entsprechend auf die Haushalte zukäme, auf etwa 20 Milliarden €.

An diesen bis zu 20 Milliarden € werden dann die Länder mit 35 % – so der Entwurf des Gesetzes – beteiligt. Dann wären wir nach Adam Riese bei 7 Milliarden € an möglichem Gesamtvolumen für die Länderseite.

Nordrhein-Westfalen ist das größte, stärkste und wichtigste Land, aber nicht in der Pflicht, etwaige Verpflichtungen der Länder allein zu schultern. Nach dem bekannten Schlüssel, den der Finanzminister hier noch einmal erläutert hat, hieße das, dass bis zu 1,5 Milliarden € auf Nordrhein-Westfalen zukommen könnten. Frau Kollegin Löhrmann, ich will Ihnen das einfach nur mal kurz erläutern.

Das ist auch noch viel Geld, und wir hoffen alle, dass solche Ausfallrisiken nicht schlagend werden. Aber eine Größenordnung von 1,5 Milliarden € ist

etwas fundamental anderes als die 7,5 Milliarden €, die Sie hier irgendwie aus den Wolken gezogen haben.

(Beifall von der FDP)

Eine zweite Bemerkung, weil ich das nicht unkommentiert lassen will: Ich hatte ja schon immer die Ahnung, dass Grüne der Auffassung sind, Staat und Gesellschaft seien identisch. Hier ist jetzt nicht der Ort, das weiter zu diskutieren; ich will Ihnen aber eines doch noch zurufen: Ihre Haltung, Frau Kollegin Löhrmann, ist kein freiheitlicher Ansatz. Und wir sollten gerade in Deutschland mit einem Blick in unsere Geschichte sehr wohl berücksichtigen, dass Staat und Gesellschaft nicht identisch sind in einem freiheitlich-demokratischen Staatsverständnis.

(Beifall von der FDP)

Dass Sie sich persönlich dann auch noch in die Tradition von Ludwig XIV. gestellt haben, lasse ich mal als Kolorit durchgehen.

(Heiterkeit)

Aber ich bitte Sie, noch einmal zu durchdenken, ob sie uns das allen Ernstes hier als Ihr Staats- und Demokratieverständnis präsentieren wollen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben mich bewusst missverstanden!)

Jetzt aber zu dem Punkt, Frau Kollegin Löhrmann, den ich wirklich bemerkenswert finde. Sie haben das, was Sie gestern laut wörtlichem Zitat bei ddp gesagt haben, noch einmal bestätigt. Ich darf Sie zitieren, ddp, 14.10., 16:51 Uhr:

Mit seiner voreiligen Zustimmung zu den Plänen aus Berlin handelt der Ministerpräsident grob fahrlässig.

Ich will das dem Plenum noch einmal vortragen. So werden Sie zitiert. Wenn das Zitat falsch ist, dann bitte ich Sie, es hier richtigzustellen.

Mit seiner voreiligen Zustimmung zu den Plänen aus Berlin handelt der Ministerpräsident grob fahrlässig.

Haben Sie denn eine Ahnung, Frau Kollegin Löhrmann, was an den Märkten los gewesen wäre, wenn der Ministerpräsident des wichtigsten Bundeslandes, wie Sie es eingefordert haben, den Widerstand des Landes Nordrhein-Westfalen angekündigt hätte? Haben Sie auch nur einen blassen Dunst?

(Beifall von FDP und CDU)

Dann hätten wir die gleiche Situation bekommen, wie wir sie in den USA erlebt haben, wo das Rettungspaket der amerikanischen Regierung über eine Woche lang so zerredet worden ist, dass der wichtige psychologische Impuls in die Märkte hinein, wieder Vertrauen zu schaffen, dann schon fast völlig verpufft war. Diesen Fehler werden wir in Deutschland nicht wiederholen. Deshalb haben der Minis-

terpräsident und der Finanzminister richtig gehandelt. Und Ihre Aufforderung, Frau Löhrmann, ist falsch, fahrlässig und unverantwortlich.

(Beifall von FDP und CDU – Johannes Remmel [GRÜNE]: Das sollten Sie den Bayern mal sagen! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau!)

Meine Damen und Herren, die internationalen Finanzmärkte befinden sich in einer Krise mit außergewöhnlichen Dimensionen. Eine solche Krise erfordert außergewöhnliche Maßnahmen. Betroffen sind nicht mehr nur die USA, betroffen ist auch Europa. Und so bekommen auch wir in Deutschland die Auswirkungen zu spüren.

Der Interbankenhandel drohte in den letzten Tagen völlig auszutrocknen. Der Wirtschaft drohte, wenn jetzt nicht entschlossen gegengesteuert würde, eine Kreditklemme historischen Ausmaßes – für viele Betriebe mit tödlichen Auswirkungen. Deshalb muss es jetzt darum gehen, die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise soweit wie möglich zu begrenzen. Dazu ist das Maßnahmenpaket, das die Bundesregierung konzipiert hat und das derzeit mit den Ländern verhandelt wird, unverzichtbar. Deshalb – ich will es noch einmal unterstreichen – ist es gut, dass die Landesregierung ihre Unterstützung dafür signalisiert hat. Es wäre wichtig, dass auch der Landtag Nordrhein-Westfalen diese Haltung der Landesregierung heute mit einem möglichst einstimmigen Parlamentsbeschluss untermauert. Dafür haben wir Ihnen eine Vorlage präsentiert, die auch für die Oppositionsfraktionen zustimmungsfähig sein sollte.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich habe mit Blick auf die gemeinsame Verantwortung, die Sie, Frau Kollegin Kraft, sehr zu Recht angesprochen haben, noch einmal die herzliche Bitte, die ich Ihnen schon vor drei Wochen in der letzten Sparkassendebatte des Landtags vorgetragen habe, endlich Ihre Verunsicherungskampagne, die Sie an die Sparkassenkunden richten, einzustellen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

– Ja, Sie haben es doch heute zum Schluss wieder aufscheinen lassen. Sie verteilen in tausendfacher Auflage Hetzmaterial,

(Widerspruch von der SPD)

das Sie sogar noch als Infomaterial kennzeichnen und mit dem Sie den Sparkassenkunden signalisieren, das Sparkassengesetz würde die Existenz der Sparkassen in Nordrhein-Westfalen gefährden. Frau Kollegin Kraft, ziehen Sie dieses Material zurück!

(Hannelore Kraft [SPD]: Niemals!)

Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht! Hören Sie auf, die Sparkassenkunden durch gezielte Falschinformationen weiter zu verunsichern, Frau Kollegin!

(Beifall von FDP und CDU)

Interessanterweise haben Sie uns noch einmal informiert, welche weitreichenden Reformvorschläge zur internationalen Finanzarchitektur das Hamburger Grundsatzprogramm der SPD beinhaltet. Ich darf Sie daran erinnern, Sie regieren in Berlin mit. Heute Morgen war das jedenfalls noch so. Sie stellen unter anderem – nicht erst seit vorgestern – den Bundesfinanzminister. Wenn es eine Partei gibt, die mit ihren Einflussmöglichkeiten in Berlin Reformimpulse für die internationale Finanzarchitektur längst hätte geben können, Frau Kollegin Kraft, dann ist das Ihre Partei. Wo sind die denn? Das hätten Sie doch machen müssen!

(Beifall von der FDP)

Sie zitieren hier Ihr Hamburger Grundsatzprogramm, wenn Sozialdemokraten seit zehn Jahren in Berlin als Finanzminister Verantwortung tragen? Das wollen Sie uns doch wohl nicht allen Ernstes zumuten. Grundsatzprogramme sind ja ganz hübsch, Frau Kollegin Kraft; aber wenn man regiert, wird man an dem gemessen, was man in der Verantwortung leistet. Und da habe ich solche Impulse von Ihnen oder von anderen Sozialdemokraten zur Reform der Finanzmärkte in den letzten Wochen und Monaten absolut vermisst.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist wirklich Quatsch!)

Auf Herrn Steinbrück werde ich gleich noch kurz zu sprechen kommen.

Wir als Freie Demokraten unterstützen das Maßnahmenpaket, das jetzt zwischen Bund und Ländern verhandelt wird. Dabei müssen wir aber – das haben sowohl der Ministerpräsident als auch der Finanzminister zu Recht deutlich gemacht – auf die Interessen Nordrhein-Westfalens achten. Denn dafür sind wir alle gewählt worden. Es kann nicht richtig sein, dass wir in NRW unseren Teil zu dem gesamtstaatlichen Rettungspaket beitragen sollen, aber unsere eigene Bank, die WestLB, von diesen Maßnahmen ausdrücklich ausgeschlossen wird.

(Beifall von der FDP)

Ich darf im Übrigen noch einmal daran erinnern, dass es niemand anders war als Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, der seit Beginn unserer intensiven Beratungen über Stützungsmaßnahmen für die WestLB immer wieder deutlich gemacht hat, er wäre nicht bereit, Nordrhein-Westfalens Rettungsschirm für die WestLB und die Sparkassen auch nur mit einem müden Cent zu unterstützen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Das war derselbe Peer Steinbrück, der jetzt wie selbstverständlich davon ausgeht, dass die Länder

gegebenenfalls doppelt bezahlen, sich nicht nur an dem Gesamtpaket beteiligen, sondern zugleich komplett weiter auf eigenes Risiko für ihre Landesbanken geradestehen sollen. Ein solcher Vorschlag ist nicht fair – bei aller Unterstützung für das Maßnahmenpaket insgesamt.

(Beifall von FDP und CDU)

Es kann nicht sein, dass die Bürger in Nordrhein-Westfalen zweimal zahlen müssen. Entweder das eine oder das andere: Entweder beteiligen sich die Länder quotal – die Details werden jetzt verhandelt –, dann sind die Landesbanken auch Bestandteil des Rettungspakets und können auch unter den Schirm, oder – das wäre die zweite Variante, auch angelegt in § 13 des Gesetzentwurfs – die Länder kümmern sich wie bisher in Alleinverantwortung gemeinsam mit den Sparkassen- und Giroverbänden um ihre Landesbanken, dann können sie aber nicht auch noch quotal in die Gesamtfinanzierung einbezogen werden. Ich bin guter Dinge, dass unser Ministerpräsident, unser Finanzminister zusammen mit den anderen Ländern hier noch Fortschritte erreichen werden.

Noch einmal: Es ist ein Gebot der Fairness, diese Länderinteressen zu berücksichtigen. Ich hoffe sehr, Frau Kollegin Kraft, dass Sie vielleicht auch noch einmal mit Herrn Steinbrück telefonieren – denn Sie sind auch gewählt worden, um die Interessen Nordrhein-Westfalens zu vertreten –, und Ihrerseits den Finanzminister zu überzeugen versuchen, dass er sich auf eine Lösung einlässt, die den nordrhein-westfälischen Interessen Rechnung trägt.

(Beifall von FDP und CDU)

Das wäre ein wirklich guter Beitrag, den Sie als sozialdemokratische Landesvorsitzende geben könnten.

Jetzt geht es erst einmal darum, die akute Krise zu bewältigen. Dann wird man aber auch Konsequenzen aus dieser Krise ziehen müssen, dauerhafte, wirksame und nachhaltige Konsequenzen. Ich glaube, da sind wir uns auch einig.

Jawohl, wir brauchen zusätzliche Regeln für die Finanzmärkte, weil dort Produkte und Prozesse entstanden sind, die offenbar selbst von vielen Bankern nicht mehr durchschaut werden – geschweige denn von den Bankkunden, denen solche Produkte angeboten werden.

Ja, wir brauchen mehr Transparenz auf den Finanzmärkten. Das geht nur mit einem international verbindlichen Regelwerk. Aber zu einem solchen Regelwerk – ob international oder national – gehört eine entsprechende Aufsicht. Die besten Regeln nützen gar nichts, wenn niemand auf ihre Einhaltung achtet. Deshalb brauchen wir in Zukunft vor allem eine wirksame Finanzmarktaufsicht auf allen Ebenen. Es gibt unterschiedliche Vorschläge – auf europäischer Ebene, auch globale –, wobei jetzt

diskutiert wird, ob man eine solche Finanzmarktaufsicht etwa beim Internationalen Währungsfonds ansiedeln könnte.

Diese Debatten sind wichtig. Sie müssen zu Ergebnissen führen, auch zu Ergebnissen auf der nationalen Ebene führen. Denn dafür stehen wir in Deutschland zunächst einmal in der Verantwortung.

Weil das noch gar nicht erwähnt worden ist, will ich in dieser Debatte auch einen kritischen Blick auf die zuständigen Aufsichtsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland werfen. Die Doppelstruktur zweier Aufsichtsbehörden – die Bundesbank auf der einen und die BaFin auf der anderen Seite – hat sich in dieser Krisensituation erkennbar als nicht effizient erwiesen, meine Damen und Herren. Deshalb meine ich, wir müssen darüber debattieren, wie wir die Banken- und die Finanzmarktaufsicht in Deutschland vereinheitlichen, reformieren und schlagkräftiger machen können.

Wenn ich lese, dass die BaFin mit 1.600 Mitarbeitern nicht in der Lage war, die Risiken bei der Hypo-Real-Estate-Tochter Depfa festzustellen, weil sie ihren Sitz in Irland hat, so stimmt etwas nicht mit der Bankenaufsicht. Eine Staatsaufsicht, meine Damen und Herren, die jede Sparkassenfiliale haarklein untersucht, aber bei einem DAX-Unternehmen in den Dornröschenschlaf fällt, hat versagt. Auch das anzusprechen gehört zur Ehrlichkeit in einer solchen Debatte.

(Beifall von der FDP)

Das hat nichts mit Marktversagen zu tun, sondern das ist ein Versagen staatlicher Aufsichtsbehörden.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Das Versagen des Staates beschränkt sich nicht nur auf die Aufsichtsbehörden.

Zur Wahrheit und zur Ehrlichkeit in einer solchen Debatte gehört, dass wir natürlich auch die Frage nicht beiseite drängen, bei welchen Banken in Deutschland neben der Hypo Real Estate die größten Probleme in der Finanzmarktkrise bestehen. Die größten Probleme bestehen in Deutschland nicht bei den privaten, sondern bei den öffentlichen Banken.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Abwarten! – Weitere Zurufe)

Mit dieser Einschätzung stehe ich nicht allein. Ich darf aus einem brandneuen Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit dem Titel „Das deutsche Finanzsystem: Effizienz steigern – Stabilität erhöhen“ zitieren. Dabei handelt es sich um eine Expertise im Auftrag der Bundesregierung, die Herr Bundesfinanzminister Steinbrück in Auftrag gegeben hat, die im Juni 2008 vorgelegt wurde, und die ich Ihnen sehr zur Lektüre empfehle. Unter anderem heißt es auf Seite 5:

So deuten verschiedene Studien darauf hin, dass ein hoher Anteil von Banken im öffentlichen Besitz, wie er auch in Deutschland anzutreffen ist, die Effizienz des Finanzsystems verringert.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Widerspruch von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir unterstützen das öffentlich-rechtliche Kreditwesen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ohne Wenn und Aber.

(Lachen von der SPD)

Deshalb haben wir auch vor, mit dem neuen Sparkassengesetz die Sparkassen zu stärken, sie gegenüber Marktrisiken und gegenüber solchen Einflüssen, wie wir sie jetzt in der Finanzmarktkrise erleben, noch belastbarer zu machen. Wir geben den Sparkassen zusätzliche Möglichkeiten an die Hand, um noch stabiler zu werden und um ihre Rolle im Markt zu behaupten.

(Zurufe von der SPD)

Es geht nicht darum, öffentliche Banken infrage zu stellen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Und die Welt ist eine Scheibe!)

Wir werden aber auch nicht zulassen, meine Damen und Herren, dass so getan wird, als sei bei den Staatsbanken in Deutschland alles in Ordnung und als gäbe es nur ein Problem bei den privaten Banken. Das meine Damen und Herren, entspräche nicht den Fakten.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Wer wüsste das besser als wir in Nordrhein-Westfalen?

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Wir müssen nur schauen, was die WestLB den Bürgern in Nordrhein-Westfalen nach all den Jahren sozialdemokratisch-grüner Verantwortung eingebrockt hat, wenn wir über Staatsversagen reden.

(Beifall von FDP und CDU – Lebhafter Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

2002: 1,7 Milliarden € Verlust bei der WestLB! 2003: 1,9 Milliarden € Verlust bei der WestLB! 2004: 1,2 Milliarden € Verlust bei der WestLB!

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Damals war von der Finanzmarktkrise noch gar keine Rede! Wir hatten solche Probleme bei öffentlich kontrollierten Banken in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus schon lange, meine Damen und Herren.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und mit euch ist alles besser geworden? – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das werden wir jetzt nicht ausblenden. Wir sind dabei, diese Probleme zu lösen.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Das gehört mit zu dem, was Sie uns und dieser Regierung hinterlassen haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Dann dürfen Sie Ihre Regierungszeit aber auch nicht ausblenden!)

Wir werden aber auch nicht zulassen, dass so getan wird, als hätten wir jetzt eine Bankenkrise, die nur den privaten Sektor betrifft. Eher das Gegenteil ist richtig.

Dazu passen leider auch die bedauerlichen Vorgänge bei IKB und KfW,

(Zuruf von der SPD: Die IKB ist keine Staatsbank!)

also bei Instituten, die ganz oder teilweise staatlicher Kontrolle von führenden Vertretern der Bundesregierung unterliegen. Ich habe die Fernsehbilder von vor zwei Wochen noch sehr gut in Erinnerung, als bei der Verwaltungsratssitzung der KfW einige sehr prominente Mitglieder der Bundesregierung durch die Hintertür in den Sitzungssaal gelaufen sind und sich beharrlich geweigert haben,

(Hannelore Kraft [SPD] [auf Minister Dr. Helmut Linssen deutend]: Er war auch dabei!)

Fragen zu beantworten, Frau Kollegin Kraft. Das war nicht unbedingt ein Bild, das auf das Versagen der Märkte, sondern eher auf das Versagen der Staatsaufsicht hingewiesen hat.

(Beifall von der FDP – Hannelore Kraft [SPD]: Fragen Sie doch einmal Herrn Linssen! – Weitere Zurufe)

Ich bin – das will ich nur ganz kurz anreißen; wir werden sicherlich noch später Gelegenheit haben, das in weiteren Debatten zu thematisieren – in einem Punkt nicht der Auffassung meines geschätzten Kollegen Helmut Stahl, nämlich bei der Frage, welche Rolle Peer Steinbrück gespielt hat.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Kollege Stahl: Die Art und Weise, wie die Kanzlerin und der Bundesfinanzminister dieses Paket in Europa vorgetragen und verhandelt haben, war in Ordnung. Aber die Rolle, die Peer Steinbrück – ich will gar nicht auf die Ruinen abstellen, die er uns als Finanzminister und als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen in der Finanzarchitektur unseres Landes hinterlassen hat –

(Zustimmung von Dietmar Brockes [FDP])

in den letzten Wochen gespielt hat, ist nicht ohne Grund in den Medien mehr und mehr kritisch bewertet worden, zum Teil auch in ganzseitigen Artikeln der letzten Tage.

(Zuruf von der SPD: Ach, Herr Papke!)

In der „Rheinischen Post“ vom 18. September wurde gefragt:

Befürchten Sie eine Kreditklemme?

Steinbrück: Das ist doch Quatsch.

Das ist ein echter Steinbrück.

(Heiterkeit von Dietmar Brockes [FDP] – Zurufe von der SPD)

Eine weitere Frage lautete:

Ist eine weitere Bankpleite in Deutschland auszuschließen?

Steinbrück: Ich sehe dafür aktuell keine Anhaltspunkte.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Was er zur medialen Begleitung von Hypo Real Estate geäußert hat, hat in den USA und international einen gewaltigen Vertrauensverlust in die Überlebensfähigkeit der Hypo Real Estate zur Folge gehabt. Wenn sich der Bundesfinanzminister hinstellt und vor laufenden Fernsehkameras sagt, damit sei die geordnete Abwicklung der Bank gewährleistet, ist das ein Signal, bei dem jeder Investor weltweit sofort seine Assets aus der Bank abzieht.

(Zurufe von der SPD)

Ich will es dabei belassen. Sie meinten, Peer Steinbrück müsse sofort der Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgehändigt werden.

Ich bin überfragt, Herr Ministerpräsident, ob er diesen schon hat.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Hat er schon!)

– Hat er schon. – Dann gehört mit zur Wahrheit, dass wir eine solche Heiligsprechung des Bundesfinanzministers doch noch einige Wochen zurückstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Markt braucht Regeln, auch staatlich gesetzte Regeln. Sonst kann er nicht funktionieren. Liberale wissen das im Übrigen.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Herr Remmel, Sie sollten sich einmal über die Grundlagen einer funktionsfähigen sozialen Marktwirtschaft informieren.

(Beifall von der FDP)

Dann würden vielleicht viele Vorurteile und Falschinformationen, die Sie ja erkennbar schon den größten Teil Ihres Lebens mit sich herumschleppen, durch Fakten und Argumente hinterfragt. Wir wissen: Der Markt braucht Regeln und einen starken Staat, der solche Regeln kontrolliert und ihre Einhaltung sicherstellt.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Das ist das Wesen des Rechtsstaats. Da muss der Staat stark sein. Er soll sich nicht in alles einmischen. Er darf nicht die Freiheit der Bürger und des Wirtschaftsaustausches beeinträchtigen, es sei denn, dass dieser Austausch mit gesetzten und staatlich kontrollierten Regeln kollidiert.

(Beifall von der FDP)

Beim Thema Finanzmarktaufsicht werden wir das konkretisieren. Das ist eklatantes Staatsversagen. Hier sind staatlich gesetzte Regeln in der Bundesrepublik Deutschland nicht befolgt worden. Einfachste Regeln des Bankgeschäfts sind systematisch ignoriert worden. Eine funktionsfähige Finanzmarktaufsicht hätte das nicht zugelassen. Das ist doch eine ganz konkrete Schlussfolgerung, die wir ziehen müssen. Dafür brauchen wir einen starken und funktionsfähigen Staat.

(Beifall von der FDP)

Die Wahrheit ist aber auch: Wenn die staatliche Aufsicht versagt, wenn Staatsbanken über Jahre gewaltige Verluste für die Steuerzahler produzieren, dann ist das kein Marktversagen, sondern Staatsversagen.

(Beifall von der FDP)

Auch darüber muss in der weiteren Debatte über die Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise geredet werden. Ich kann Ihnen versprechen: Wir werden das tun.

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, ich möchte Ihnen noch einmal im Namen meiner Fraktion für die klare Haltung danken, die Sie bisher in den schwierigen Verhandlungen seit Beginn der Woche für unser Land eingenommen haben. Es ist nicht einfach, einerseits in der nötigen nationalen, patriotischen Solidarität ein klares Signal der Geschlossenheit zu geben, dass auch unser Land Nordrhein-Westfalen ohne Wenn und Aber hinter dem Rettungspaket steht, und andererseits die Interessen unseres Landes Nordrhein-Westfalen in den Details zu verhandeln. Nach dem, was wir auch heute von Ihnen gehört haben, kann kein Zweifel daran bestehen, dass Sie diese Verhandlungen zum Wohl unseres Landes Nordrhein-Westfalen und zum Wohl unserer Bundesrepublik Deutschland insgesamt zu einem guten Abschluss bringen werden. – Ich danke Ihnen dafür und Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Papke. – Für die Landesregierung hat jetzt Finanzminister Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss

der ersten Runde möchte ich gerne für mich ein kleines Resümee ziehen.

Frau Kraft hat erklärt, wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Ja, den brauchen wir! Hier sind wir völlig einer Meinung. Aber wir haben ein anderes Staatsverständnis. Sie wissen ganz genau, dass Sie immer den meisten Applaus in Ihrer Fraktion bekommen, wenn Sie das Motto „Privat vor Staat“ geißeln. Vielleicht lesen Sie einmal Ludwig Erhard nach, der ja der Begründer der sozialen Marktwirtschaft war. Sie haben gesagt, Sie wollen die soziale Marktwirtschaft stärken. Natürlich geht Ludwig Erhard von dem Vorrang „Privat vor Staat“ aus. Von daher ist es völlig richtig, was wir in unserer Koalitionsvereinbarung festgelegt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist erstaunlich, zu welchen Erkenntnissen man immer dann kommt, wenn man nicht mehr in der Regierung ist. Sie haben etwas zum Regelsetzen und zu den Rahmenbedingungen gesagt. Ich hätte mir gewünscht – auch Herr Papke hat das vorhin ausgeführt –, dass Sie schon einmal in Ihrer Regierungszeit ab 2000 – da waren Sie ja richtig dabei – zu dieser Erkenntnis gekommen wären.

Als Hauptbotschaft haben Sie hinterlassen – das haben Sie gestern auch schon der Presse mitgeteilt –: Sparkassengesetz sofort zurückziehen! Sie beantworten also die Krise, diese Notstandssituation, die wir haben, damit, dass wir doch bitte das Sparkassengesetz zurückziehen sollen. Das ist eine „phänomenale“ Erkenntnis.

Sie haben erklärt: In der momentanen kritischen Lage der Finanzmärkte ist es unverantwortlich, dass die Regierung Rüttgers den dauerhaften Bestand unserer Sparkassen mit ihrem Privatisierungsgesetz gefährdet. Deshalb muss es zurückgezogen werden. – Da die Prämisse falsch ist, da wir sie nicht gefährden, sondern stärken – das werden Sie auch noch erkennen –, ist Ihre Konsequenz völlig daneben.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Damit ist das, was Sie heute vorgetragen haben, Nonsense, Frau Kraft. Ich kann es nicht anders nennen.

Frau Löhrmann hat erklärt, Sie würden mit vagen Ausführungen abgespeist. Liebe Frau Löhrmann, der Ministerpräsident hat etwas zu den Verhandlungen auf Bundesebene, die wir gerade führen, gesagt. Diese Debatte, die wir auf Ihren Antrag hin bekommen haben, findet nun einmal zu einem Zeitpunkt statt, wo das Wesentliche, nämlich die Beteiligung zwischen Bund und Ländern, nicht klar ist. Das wussten Sie aber schon, als Sie die Debatte beantragten. Ich habe Ihnen bereits in der Kürze der Zeit gesagt, dass Herr Steinbrück versucht – Sie kennen ihn doch lange genug –, beides zu erreichen, nämlich dass die Länder für die Landesban-

ken möglichst alleine das Risiko übernehmen und dass wir uns bei allem anderen in Deutschland mit 35 % beteiligen.

Wir haben ihm gestern erklärt, dass wir dieses additive Vorgehen ablehnen. Entweder gibt es das eine oder das andere, wobei sich keiner auf den Satz von 35 % zu 65 % eingelassen hat; das müssen wir verhandeln.

Ich möchte nicht wie Frau Löhrmann sagen: Wir sind der Staat. Aber wenn Sie, Frau Kraft, Ihre ganze Kraft ausnutzen würden, um mit uns gemeinsam in den nächsten 24 Stunden auf Peer Steinbrück Einfluss zu nehmen, damit er zugunsten der Länder mehr schultert, wäre das eine wirklich löbliche Tat.

(Beifall von der CDU)

Ich stehe mit Sicherheit dafür an, dass ich Sie dann öffentlich loben werde.

Meine Damen und Herren, Frau Löhrmann hat etwas zu den Rechtsverordnungen gesagt. Sie waren gestern nicht dabei. Natürlich ist es richtig, dass derjenige, der die Musik mitbezahlt, auch mitbestimmt. Das ist gestern von jedem Redner gesagt worden. Aber auch Sie kennen den früheren Ministerpräsidenten des Landes. Wissen Sie, was er geantwortet hat? – Nur über meine Leiche. Das muss schnell gehen. Damit kann ich doch nicht den Bundesrat beschäftigen.

Ich verrate jetzt keine Geheimnisse aus internen Sitzungen. Da Sie ihn kennen, wissen Sie, wie er zu antworten pflegt. Das sollte nicht stattfinden. Er hat gestern Abend das Signal gegeben, dass man vielleicht darüber nachdenken könnte, die Rechtsverordnungen vielleicht von einem bestimmten Gremium prüfen lassen könnte, aber der Bundesrat sei ein bisschen sehr langwierig.

Dabei sehen Sie, wie schnell die Finanzministerkonferenz getagt hat – keine 24 Stunden, nachdem das Kabinett beschlossen hat –, weil wir uns der Verantwortung durchaus bewusst sind.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dann suchen Sie doch unsere Unterstützung!)

Natürlich muss man da mitreden, das ist doch völlig klar. Frau Kraft wird dort sicherlich hilfreich sein, ihrem Parteikollegen Peer Steinbrück das noch ein Stück weit beizubringen.

Die Korrekturen am Haushaltsentwurf, Frau Kraft, die Sie heute eingefordert haben, würden mich schon interessieren. Sie sagen, die Steuereinnahmen sind nach Ihrer jetzigen Erkenntnis zu hoch angesetzt.

Man konnte dieser Tage – das haben Sie vielleicht auch gelesen – den Zeitungen zwei Dinge entnehmen. Einmal stand darin: Da die Steuereinnahmen per Ende September so hoch sind, ist der Sockel, von dem man bei der Steuerschätzung für das nächste Jahr ausgeht, so viel höher, dass man sehr

wahrscheinlich einen höheren Ansatz machen sollte. Zwei Tage später las man in der Zeitung, dass die Steuereinnahmen aufgrund der konjunkturellen Entwicklung zurückgehen sollen.

Soll ich Ihnen heute sagen, welches der richtige Steueransatz für das nächste Jahr ist? Das haben Sie verlangt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie müssen ab und zu mal zuhören!)

Sie haben gesagt, ich möge bitte Korrekturen vorlegen. Die sind aber ganz entscheidend abhängig von dem Steueransatz, und das wissen Sie auch. Das ist also ebenfalls Makulatur.

(Hannelore Kraft [SPD]: Zuhören!)

Sie sollten mit uns gemeinsam – auch bei Ihren Berliner Verbindungen und Ihren Freunden in Europa – vorangehen und sagen: Wenn in diesen Tagen § 87 Abs. 3 des EG-Vertrages durch die EU in allen Fällen außer Kraft gesetzt wird, weil es um die Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben geht und deshalb das Beihilferecht nicht so angewendet werden kann, wie es Frau Kroes gerne möchte, dann muss das selbstverständlich auch für die WestLB ausgesetzt werden. Damit würden Sie für sehr viel mehr Mobilität in der Bankenpolitik in Nordrhein-Westfalen plädieren. Ich bedanke mich sehr herzlich, wenn Sie daran mitarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Linssen. – Jetzt hat Frau Kollegin Walsken für die SPD das Wort.

(Zurufe von CDU und FDP: Ui!)

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, mit so viel Enthusiasmus begrüßt zu werden. Dass der Finanzminister die Freude über die Debatte nicht so teilt, wie gerade in seinem Wortbeitrag klar wurde, ist verständlich. Herr Dr. Linssen, dass Ihnen Ihr Credo „Privat vor Staat“ langsam peinlich wird, ist auch verständlich;

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

denn Sie hatten das Motto ja schon leise eingepackt und sehen jetzt, dass das, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht, eigentlich heute noch verändert werden muss. Deshalb sage ich: Dem schönen Zitat „Privat vor Staat war gestern“ in der „Westdeutschen Zeitung“ ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben die Handlungsfähigkeit des Staates in Nordrhein-Westfalen durch Ihre „Privat-vor-Staat“-

Maßnahmen maßgeblich reduziert. Ich mache es fest am Thema „Verkauf der LEG-Wohnungen“ zu einer Zeit, zu der die Immobilienkrise in den USA losging. Ich mache es noch einmal, Herr Dr. Linssen, an dem Thema „Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit unserer Kommunen“ fest, und ich mache es gerne auch an dem aktuellen Projekt fest, das heißt: „Sparkassengesetz – möglicher Einstieg Privater“. Meine Damen und Herren, nichts ist in der momentanen Krise sinnloser als ein Sparkassengesetz, das den Einstieg Privater möglich macht!

(Beifall von der SPD)

Von daher ist es interessant, heute genau auf die Zwischentöne zu achten. Der Finanzminister sagte eben: Beim Sparkassengesetz bleibt alles, wie es ist, es muss durchgesetzt werden.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Habe ich gar nicht gesagt!)

Herr Stahl sagte für die Mehrheitsfraktion: Wir arbeiten am Sparkassengesetz. – Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund, dass es in Nordrhein-Westfalen keinen Befürworter des Sparkassengesetzes gibt, wäre es außerordentlich interessant, einmal den momentanen Sachstand zu erfahren.

(Beifall von der SPD)

Ist es richtig, was Kollege Stahl sagt, dass es Veränderungen gibt? Oder zieht die Regierung knallhart durch – vor dem Hintergrund der Krise ein Problem – und verabschiedet das Sparkassengesetz? Wir sind gespannt, was passiert, und nach wie vor der Auffassung, dass das Sparkassengesetz in der momentanen Krise ein Riesenproblem darstellt.

Herr Dr. Linssen, Sie haben eben sehr süffisant gesagt, die Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise seien von uns nicht thematisiert worden. Aus Ihrem Munde fehlen bis jetzt – und das ist die Aufgabe des Finanzministers – die konkreten Auswirkungen. Sie haben gesagt: Möglicherweise kommen aus den 7 Milliarden €, die die Länder zu tragen haben, Belastungen in Höhe von 1,4 Milliarden € auf Nordrhein-Westfalen zu. – Herr Finanzminister, ich darf Sie da schon korrigieren: Es sind 900 Millionen € mehr, nämlich 1,49 Milliarden €, die auf den Haushalt zukommen. Sie wissen genau, dass 900 Millionen € für den Landeshaushalt eine Riesensumme sind.

Deshalb fordern wir Sie auf, die entsprechenden Voraussetzungen für den Haushalt 2010 einzubringen. Ich frage Sie, Herr Dr. Linssen: Wie kommen Sie dazu, dem Parlament zu sagen, dass es keine Auswirkungen auf den Haushalt 2010 gibt? Sie wissen genau, dass Ende 2009 der Schirm auf der Bundesebene abgerechnet wird. Bitte teilen Sie dem Parlament mit, warum Sie der Auffassung sind, 2010 hätte nichts im Haushalt zu erscheinen! Viel-

leicht ist Ihnen das unangenehm – wir haben ein Wahljahr, das sehe ich ein –, aber das gehört dazu, wenn man hier unterrichtet.

(Beifall von der SPD)

Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren, ist unklar geblieben: Ich sehe einen deutlichen Dissens zwischen der Position im Entschließungsantrag, der Äußerung des Ministerpräsidenten und denen des Herrn Finanzministers. Was gilt?

Auf der einen Seite sagt die Entschließung – sie liegt vor uns –: Die WestLB ist, wenn wir sie in das Paket einbringen, in das gesamte Maßnahmenpaket einzubeziehen. – Auf der anderen Seite äußert sich der Finanzminister heute im „Handelsblatt“, dass ausschließlich – meine Damen und Herren: ausschließlich! – die Absicherung der angeschlagenen Landesbanken die angemessene Beteiligung sei.

Beide Positionen sind bis heute unaufgeklärt. Ich habe nicht vernommen, Herr Finanzminister, in welche Richtung Sie wollen. Deshalb ist es auch außerordentlich schwer, auf der Bundesebene für die Position Nordrhein-Westfalens zu werben.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass es für die WestLB nicht unproblematisch wird, in den Schirm einbezogen zu werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Es ist ja nicht so, wie Sie eben süffisant darzustellen versucht haben: Im Grunde macht der Bund genau das, was NRW mit der Zweckgesellschaft gemacht hat. – Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren: Die problematischen Papiere der WestLB sind in eine in Irland ansässige Zweckgesellschaft ausgegliedert. Deshalb wird es jetzt außerordentlich schwierig, in den Bundesschirm hineinzukommen. Eigentlich wäre die Konsequenz – und ich formuliere sie hier –: Lösen Sie PIMCO auf! Beteiligen Sie sich am Schirm, aber nicht mit einer in Irland ansässigen Zweckgesellschaft! Das ist unsere klare Forderung, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Mir ist es auch wichtig, Herr Papke, Herr Linssen, einen kurzen Hinweis auf die Schulddebatte zu geben. Sie haben sich ja hier hingestellt und gesagt: Es ist alles Ihre Verantwortung, dass die Westdeutsche Landesbank in schwierigen Fahrwassern ist. – Dann haben wir Ihnen nachgewiesen, dass der größte Teil dieser problematischen Papiere unter der Verantwortung Ihrer schwarz-gelben Landesregierung, in Ihrer Regierungszeit, angekauft wurde. Bis heute haben wir auf diesen Hinweis keine Antwort, meine Damen und Herren. Insofern sage ich hier noch einmal deutlich: Vorsichtig mit diesen

Vorwürfen, Herr Kollege Papke! Seien Sie vorsichtig damit!

(Beifall von der SPD)

In diesem Zusammenhang finde ich es auch außerordentlich bezeichnend, Herr Kollege Papke, dass Sie sich hier über die IKB aufregen. Natürlich sind dort schwierige Situationen entstanden. Aber tun Sie doch nicht so, als wären Sie an diesen Dingen überhaupt nicht beteiligt! Die KfW als Haupteigentümerin der IKB hat einen Verwaltungsrat. Darin sitzt auch Herr Koppelin, Herr Papke. Herr Koppelin und Herr Linssen sitzen in diesem Verwaltungsrat. Wenn Sie dann meinen, dass das Thema KfW bzw. IKB taugt, der SPD etwas anzuhängen, dann ist das ein absolut untauglicher Versuch, wenn man selber in diesem Verwaltungsrat vertreten ist!

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, unser Fazit an dieser Stelle kann nur sein:

Erstens. Herr Finanzminister, geben Sie Klarheit über die Zahlen, die auf die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zukommen! Lassen Sie nicht mehrere hundert Millionen unter den Tisch fallen! Sagen Sie klar, welche Belastung entstehen kann!

Zweitens. Treffen Sie Haushaltsvorsorge! Erzählen Sie dem Parlament nicht, für 2010 hätten wir keine Auswirkungen zu befürchten. Sagen Sie jetzt deutlich: Jawohl, in 2010 wird der Schirm abgerechnet, und dann kann eine Summe bis zu knapp 1,5 Milliarden auf den Landeshaushalt zukommen.

Drittens. Meine Damen und Herren, hören Sie auf, diejenigen mit einem Gesetz zu belasten, das sie nicht verdient haben, nämlich die Sparkassen! Die Sparkasse wird im Moment auch von den Bürgerinnen und Bürgern als die Bank wahrgenommen, der man das meiste Vertrauen schenkt.

(Beifall von der SPD)

Diese Bank sollte man nicht schwächen, sondern stützen. Deshalb sind wir der Auffassung: Es darf kein Gesetz geben, mit dem auch nur Türen geöffnet werden für Privatisierung und den Einstieg Privater. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Groth das Wort.

Ewald Groth (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister oder vor ihm schon der Ministerpräsident hat seine Rede mit den Worten begonnen: Die Finanz-

marktkrise ist eine Vertrauenskrise. – Ja, Herr Ministerpräsident, es ist eine Vertrauenskrise. Es ist eine Vertrauenskrise in die Politik in Nordrhein-Westfalen. Es ist eine Vertrauenskrise in das Handeln der Regierung Rüttgers!

(Lachen und lebhafter Widerspruch von der CDU – Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

– Sie versuchen, hier eine Kabarettstimmung aufzumachen.

(Widerspruch von der CDU)

Sie wollen nicht hören, aber Sie werden eines Besseren belehrt werden, meine Damen und Herren insbesondere von den Bänken der CDU-Fraktion, aber auch der FDP-Fraktion.

Die Vertrauenskrise ist da. Ich will nur einmal den Präsidenten des Giroverbandes des Rheinlandes, Herrn Breuer, zitieren. Den kennen Sie ja wohl hoffentlich noch. Können Sie sich erinnern? – Er kommt auf eine Landesbankenveranstaltung von uns Grünen, und er sagt dort in seinem Statement: Wir Sparkassen als Mehrheitseigentümer der WestLB haben es schwierig, zu einer Lösung zu kommen, wenn erstens der Chef das zur Chefsache erklärt und dann abtaucht und wenn man zweitens – und das war das Entscheidende – in dieser Finanzkrise einen Gegner auf dem Feld hat, der gleichzeitig auch noch Schiedsrichter ist. – Das ist so angesichts dessen, dass Sie das Sparkassengesetz zum Instrument machen, um die Haupteigentümer der WestLB zu knebeln.

Ich habe zu Herrn Breuer gesagt: Es wäre schön, wenn Sparkassenverbände und Landesregierung erkennen würden, dass sie gemeinsam in einem Team spielen und gleichzeitig noch den Schiedsrichter bei sich haben. Dann könnte man gegen diejenigen im Markt agieren, gegen die man agieren muss, nämlich die Privaten, und man könnte sich Geschäftsfelder erschließen, die dann auch ein auskömmliches Geschäftsmodell für die WestLB wären.

Das wollte ich zum Einstieg nehmen, meine Damen und Herren: Es ist auch eine Vertrauenskrise in die Politik entstanden. Bislang konnten Sie ja immer noch auf die Erblasten von Rot und Grün verweisen. Das ist Vergangenheit.

(Christian Möbius [CDU]: Nein, nein, nein!)

– Doch, das ist Vergangenheit. Sie haben gesagt: Wir können haushaltstechnisch überhaupt nichts machen, wir haben kein Geld in der Kasse, das hat alles Rot-Grün verspielt! – Das war schon falsch, meine Damen und Herren.

Ab heute werden Sie sagen: Den Haushaltsausgleich und etwas tun für die Bedrängten in Nordrhein-Westfalen, für das Mittagessen, für den Regionalverkehr, für die Ganztagsbetreuung, für die Kitas, alles das können wir nicht machen; die Fi-

nanzmarktkrise ist schuld. – Übernehmen Sie endlich die Verantwortung für Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Und handeln Sie dann nicht so wie der Ministerpräsident, nämlich vorschnell! Meine Damen und Herren, das ist der Vorwurf, den man dem Ministerpräsidenten machen muss. Man könnte ja sagen: Vielleicht hat er aus der Landesbankenkrisen gelernt, wo er durch Zögern, Zaudern und Eitelkeiten nicht gehandelt hat und der Schaden von Tag zu Tag immer größer wird. – Man könnte sagen: Vielleicht hat er ja daraus gelernt, und jetzt wollte er einmal in staatsmännischer Art eilig die Welt oder jedenfalls das Bankensystem in der Bundesrepublik und in Europa mit retten.

Aber, meine Damen und Herren: Panik ist kein guter Ratgeber. In einer solchen Krise muss man sich auch einmal Zeit lassen, sich einen Augenblick zurücklehnen und noch einmal überlegen. Nicht zu handeln, wie es bei der WestLB geschehen ist, ist in dieser Frage genauso falsch wie vorschnell zu handeln und Blankoschecks in Richtung Bundesfinanzminister zu verteilen.

Meine Damen und Herren, so geht es nicht. Die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen sollten im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger gewahrt werden. In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um die kleinen Sparer und die Mittelständler, sondern genauso um diejenigen, die Steuern zahlen, und auch um diejenigen, die keine Steuern zahlen, sondern öffentliche Gelder erhalten, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht selber erwirtschaften können. Es geht um uns alle in Nordrhein-Westfalen.

Wenn man in Nordrhein-Westfalen in dieser Phase in Großmannssucht vorschnell ein Risiko in Höhe von 7,5 Milliarden € übernimmt, handelt man jedenfalls nicht im Sinne dieses Landes. Damit werden die Interessen Nordrhein-Westfalens in dieser Frage nicht gewahrt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Ganze sollte auch ohne Beteiligung des Parlaments geschehen. Wir mussten den Ministerpräsidenten – jetzt ist er schon wieder vor der Verantwortung weggelaufen – ja hierhin zitieren, damit er dem Plenum Rede und Antwort steht.

Und was haben wir darüber erfahren, wie er in dieser Krise vorgehen will? Praktisch nichts. Auch der Finanzminister hat nicht gesagt, welche Interessen er wirklich vertritt und welches Ziel er verfolgt.

Natürlich lassen wir Grünen uns nicht in die Ecke derjenigen stellen, denen man nachsagen kann, dass sie das Rettungspaket nicht wollen. Wir wollen ein Rettungspaket. Es ist unumgänglich. Man muss nur fragen, unter welchen Kautelen es kommt und wie Nordrhein-Westfalen darunter leidet. Das sind

die entscheidenden Fragen. Dann müsste Ihr Ziel jedenfalls sein ...

(Minister Dr. Helmut Linssen: Sagen Sie es doch mal!)

– Das sage ich Ihnen auch, weil Sie es wahrscheinlich gar nicht wissen, Herr Finanzminister.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Wie hätten Sie es denn gerne?)

– Ich hätte zumindest den Blankoscheck – sobald das Paket durch ist, kann der Finanzminister machen, was er will – im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen gerne nicht gehabt. Ich möchte eine Beteiligung des Parlaments. Ich möchte eine Beteiligung der Gremien. Ich möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen geschützt werden. Außerdem muss – das hat Herr Rüttgers hier versäumt; Sie halten das vermutlich auch nicht wirklich für erforderlich, Herr Linssen – das Parlament einbezogen werden.

Ich nenne das vorschnell. Ich nenne das eilig. Ich nenne das auch pflichtvergessen. So kann man doch nicht handeln, wenn man Regierungschef eines Landes wie Nordrhein-Westfalen ist.

Was sollen denn die Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen davon halten, denen das Weihnachtsgeld gekürzt worden ist und die darauf warten, dass ihr Einkommen wieder angeglichen wird? Was wollen Sie ihnen demnächst sagen?

Was sollen denn die Kommunen davon halten? Herr Finanzminister Linssen, Sie haben ja gerade schon angedeutet, was alles auf uns zukommen könnte, nachdem die neue Steuerschätzung vorliegt. Wollen Sie dort denn weiter kürzen?

Was sollen denn die Menschen davon halten? Wie wollen Sie es den Hartz-IV-Empfängern erklären, denen das Geld für die Schulbücher und das warme Mittagessen fehlt? Wie wollen Sie es den Menschen erklären, die auf den fünften Waggon beim RegionalExpress 1 warten und nach wie vor jeden Tag in ihrem Regionalzug wie die Sardinen eingequetscht sind?

Wollen Sie all denen erklären: „Es ist weiterhin kein Geld für euch da; wir schultern aber trotzdem vorschnell 7,5 Milliarden €“?

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

So kann man eine verantwortliche Politik, die auch sozialpolitisch verantwortbar ist, in Nordrhein-Westfalen nicht machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lassen uns auch nicht darauf reduzieren, unsere Forderung sei nur, das neue Sparkassengesetz müsse weg. Ja, es muss weg. Das Trägerkapital muss weg, und die gesetzlich forcierte Verbundzusammenarbeit muss weg.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie müssen da vom Rednerpult weg!)

– Nein, das ist nicht richtig.

Herr Papke – er ist auch schon wieder aus der Verantwortung verschwunden –, fragen Sie einmal einen Gesunden aus dieser Branche! Sie müssen einmal irgendeinen Sparkassenvorstand fragen. Sind die denn alle krank? Haben die denn alle etwas Vergiftetes gegessen? Fragen Sie sie doch einmal. Das Trägerkapital muss weg, und die gesetzlich fixierte Verbundzusammenarbeit muss weg; denn sonst kommt es dadurch auch weiterhin zu Verunsicherung auf den Märkten für unsere öffentlichen Sparkassen. Deshalb lautet unsere Forderung, die Reform des Sparkassengesetzes jetzt auszusetzen.

Es gibt auch weiter gehende Vorstellungen darüber, wie das Finanzpaket ausgestattet sein muss. Das Ganze darf jedenfalls nicht ohne Mitsprache von Nordrhein-Westfalen und nicht ohne parlamentarische Verfahren geschehen. Außerdem wollen wir, auch wenn das Gesetz beschlossen ist, weiter mitbestimmen, wie mit den Geldern verfahren wird.

Meine Damen und Herren, die Pflichtvergessenheit des Ministerpräsidenten und in seinem Schlepptau des Finanzministers Linssen können wir als Grüne so nicht goutieren und nicht gutheißen.

Ich bin froh, dass es zu der heutigen Sondersitzung kommen konnte, damit man in Nordrhein-Westfalen erfährt, wie verantwortungsvoll oder auch nicht verantwortungsvoll hier regiert wird. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion der FDP der Kollege Christian Lindner. Bitte schön, Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die internationale Finanzmarktkrise besorgt und verunsichert die Bürgerinnen und Bürger. Sie droht die Entwicklung der Realwirtschaft massiv zu beeinflussen. In dieser politischen Situation verbietet sich eigentlich eine kleinkarierte parteipolitische Auseinandersetzung.

(Beifall von der FDP)

Dennoch ist dieser Versuch heute unternommen worden. Hier ist der Versuch unternommen worden, aus einer akuten Krise der Kapitalmärkte eine Krise unserer Wirtschaftsordnung der Freiheit zu stilisieren.

Diese Debatte nehmen wir offensiv an, meine Damen und Herren. Wir stehen als Freie Demokraten für freie Märkte – allerdings mit klarem Ordnungsrahmen, dessen Regeln der Staat setzt und durch-

setzt. Dieses Konzept der sozialen Marktwirtschaft basiert auf Wettbewerb, Transparenz und Verantwortung. Es ist eben das genaue Gegenteil des Kasino-Kapitalismus, den Sie uns unterstellen.

(Beifall von der FDP)

Dieses Konzept kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn der Staat die richtigen Regeln setzt und ihre Einhaltung wirksam überwacht. Das kann der Staat nur dann, wenn er nicht selbst als Marktteilnehmer in Erscheinung tritt. Der starke Staat ist der schlanke, der fokussierte Staat.

(Beifall von FDP und Dr. Wilhelm Droste [CDU])

Daher ist diese Finanzkrise nicht zuerst eine Krise des Marktes, sondern eine Krise bislang offensichtlich unzulänglicher staatlicher Regelsetzung und Kontrolle. Deshalb muss diese Krise Anlass sein, die Rolle des Staates in einer Marktwirtschaft wieder in Erinnerung zu rufen und ihn stärker als bisher auf seine Aufgabe der Regelsetzung zu fokussieren.

(Beifall von Michael Groschek [SPD])

Meine Damen und Herren, Staatsversagen hat es Finanzjongleuren überhaupt erst ermöglicht, mit ihren unverantwortlichen, intransparenten, von realer Wertschöpfung nicht selten gänzlich abgekoppelten Zockereien die Finanzmärkte vollständig zu destabilisieren. Zur Überwindung der Finanzmarktkrise dürfen jetzt aber die Regeln der sozialen Marktwirtschaft nicht infrage gestellt werden. Sie müssen vielmehr vielfach überhaupt erst zur Anwendung gebracht werden.

Erinnern wir uns: Am Anfang der Finanzmarktkrise stand eine Blase in der amerikanischen Immobilienwirtschaft, weil die USA mit den Mitteln der Kreditvergabe und einer Niedrigzinspolitik der Notenbank auch ärmeren Schichten Wohneigentum ermöglichen wollten. Die Märkte wurden seit den Ereignissen des 11. September 2001 mit billigem Geld überschwemmt. An den Finanzmärkten wurde, wie der Bundespräsident das bereits vor einigen Monaten eindringlich gesagt hat, ein Monster gezüchtet, das mit immer mehr Liquidität gefüttert werden wollte. An den Finanzmärkten sind in den letzten Jahren zudem neue hochkomplexe Finanzprodukte entstanden, mit denen Risiken systematisch verschleiert und weltweit verschoben wurden.

Bemerkenswert ist jetzt aber, dass Kreditinstitute in öffentlicher Trägerschaft in Deutschland diese Papiere überdurchschnittlich oft erworben haben. Ratingagenturen, die Risiken und Zahlungsfähigkeit aufdecken wollen, haben die Gefahren nicht erkannt. Die Staatsaufsicht hat offenbar die unverbindlichen Ratings Dritter als alleinige Bewertungsgrundlage zugelassen – ein Vorgehen, das seit Basel II bei keinem mittelständischen Kreditnehmer mehr denkbar gewesen wäre. Der Markt selbst hat

diese Exzesse jetzt durch krasse und abrupte Wertberichtigungen korrigiert.

Das Gebot der Stunde ist nun, die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte und das wechselseitige Vertrauen der Akteure wieder herzustellen. Dazu sind unabhängig von der gegenwärtig laufenden Klärung fiskalischer und rechtlicher Details ungewöhnliche Ad-hoc-Maßnahmen wie die Garantieerklärung des Bundes für die Sparguthaben, die Stärkung des Eigenkapitals der Banken und die Bürgschaften für die Finanzbranche generell geeignet.

Aus Sicht der FDP allerdings ist erforderlich, dass diese außerordentlichen Hilfen mit harten Bedingungen verbunden und die Risiken für die Steuerzahler minimiert werden. Insbesondere darf es in den öffentlichen Finanzen jetzt nicht zu einem Dammbruch kommen. Die Finanzkrise darf nicht als billige Entschuldigung missbraucht werden, das Ziel schuldenfreier Haushalte in Bund und Ländern aufzugeben.

Die eigentliche Herausforderung, meine Damen und Herren, ist aber, eine vergleichbare Krise zukünftig zu verhindern. Falsch wäre es dazu, Marktwirtschaft und Kapitalismus, also den Privatbesitz an Produktionsmitteln und den freien Wettbewerb privater Akteure, infrage zu stellen. Das war ja der Soupçon bei mancher Einlassung heute. Beide begründen den historisch beispiellosen Wohlstand der westlichen Gesellschaften, während beispielsweise die Vorgängerpartei von Herrn Sagel mit ihren Konzepten bereits einen Staatsbankrott zu verantworten hatte. Der Staat ist Privaten nicht überlegen, im Gegenteil. Das zeigt die Schlagseite des öffentlich-rechtlichen Kreditwesens, von IKB über KfW bis hin zu den Landesbanken wie der WestLB.

Im Übrigen: Auch die vielfach gelobten Sparkassen – auch heute vielfach gelobten Sparkassen – vergessen gerne, dass sie seit 2002 die geschäftspolitische Verantwortung für die Westdeutsche Landesbank übernommen haben und für die Milliarden, die Land und Kommunen jetzt fehlen, in der Mitverantwortung stehen. Viele örtliche Sparkassen wären in schwerem Fahrwasser, wenn das Land Nordrhein-Westfalen im Februar dieses Jahres nicht einen Milliardenschirm zur Absicherung der Risiken der WestLB aufgespannt hätte.

Die FDP fordert eine Debatte über die Regeln für die Kapitalmärkte. Wir brauchen einen neuen Ordnungsrahmen. Dazu gehört, die zwischen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zersplitterte Bankenaufsicht an einer Stelle zu konzentrieren. Entsprechende Initiativen hat die FDP bereits vor Jahren im Deutschen Bundestag eingebracht. Sie sind von der Großen Koalition abgelehnt worden, soweit mir bekannt auch von den Grünen.

Diese neue Bankenaufsicht muss sich dann auf die großen Marktrisiken konzentrieren und darf sich

nicht wie bisher in der Verfolgung bürokratischer formaler Einzelschriften verzetteln.

Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe weiterer Aspekte, die zu diskutieren sind, etwa die Risikogeschäfte außerhalb der Bilanzen, Kreditverbriefungen also, die Abhängigkeit von zwei amerikanischen Ratingagenturen, die Unterlegung von Finanzprodukten mit einem höheren Anteil an Eigenkapital und nicht zuletzt auch die Rolle der Geldpolitik, die zur Blasenbildung beigetragen hat.

Aber all das sind Aspekte einer Politik, die auf den Markt mit seinen Kräften setzt. Es sind Aspekte eines staatlichen Ordnungsrahmens. Es ist aber keine Politik, die den Markt durch Staatseingriff ersetzen will. Denn der Staat kann nicht die Marktteilnehmer besser koordinieren, als sie es untereinander selbst können. Sie brauchen nur klare Regeln. Über diese Regeln ist zu diskutieren. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als Nächster hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine dolle Märchenstunde, die wir heute hier vonseiten der Landesregierung im Landtag erleben. Ich bin angesichts der Aussage „Keine Auswirkungen auf den Landeshaushalt“ schon gespannt, wenn es heißt: Es war einmal.

Noch vor Kurzem bin ich hier im Landtag ausgelacht worden, als ich mich kritisch zu den Auswirkungen der Finanzmarktkrise geäußert habe und als ich eine Regulierung und bessere Kontrolle der Finanzmärkte und eine Vergesellschaftung des Bankensektors gefordert habe. Mittlerweile bin ich in bester Gesellschaft. Selbst in den USA wird über die Teilprivatisierung von Banken geredet. Der Nobelpreisträger Krugman, der kürzlich den Nobelpreis bekommen hat, denkt in die gleiche Richtung.

Sie, Herr Rüttgers und Herr Linssen, haben sich der Lächerlichkeit preisgegeben. Sie sind die Finanzchaoten und nicht wir. Denn die Spekulationsblase der Finanzmärkte ist geplatzt und fegt wie ein Sturm über den globalen Kapitalismus hinweg. Im Sog der Milliardenkrise verschwinden auch die Märchen von den neoliberalen Segnungen der besten aller möglichen Wirtschaftssysteme. „Privat vor Staat“, das ist Ihre Regierungsthese: Öffnung der Märkte und der Abbau staatlicher Regulierung. Genau das ist gescheitert.

Die akute Bedrohung ist auch daran zu erkennen, dass sogar die Hohepriester des Neoliberalismus – Herr Papke sollte genau zuhören, aber er ist nicht

da –, die Manager der Großbanken, jetzt nach dem Staat rufen und staatliche Sicherheiten einfordern, und dies alles zulasten der Steuereinzahlenden. Nachdem Milliardengewinne aus Spekulationen zunächst privatisiert wurden, sollen jetzt die Verluste sozialisiert werden. Die Leute haben das verstanden, auch in NRW. Die erste Konsequenz ist: Die Mehrheit von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen ist weg.

Selbst die konservative und wirtschaftsfreundliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt – ich zitiere –: Die langfristigen Kosten dieser Krisenfolge hat allerdings noch niemand berechnet. – Das zu den Haushaltsauswirkungen. Sie schreibt weiter: In kürzester Zeit werden horrenden Summen aufgebracht und heikle Gesetze durchgepeitscht. – Das zu dem, was auch vonseiten der FDP hier gesagt worden ist.

Das Versagen der Finanzwirtschaft offenbart das Versagen der herrschenden Politik, denn die jetzige Regierung wie die Vorgängerregierung haben es nicht nur versäumt, Spielregeln für die internationalen Finanzmärkte zu definieren, sondern sich selbst mit Milliarden von Steuergeldern an den hemmungslosen Spekulationen dieser Branche beteiligt.

Zur SPD und Frau Kraft: Nicht die SPD hat sich für die Regulierung der Finanzmärkte eingesetzt, sondern es war allein Oskar Lafontaine. – Genau deswegen ist er damals auch aus der Regierung gegangen,

(Lachen von CDU und FDP)

weil genau das in der Schröder-Regierung nicht möglich war. Sie stellen jetzt seit zehn Jahren den Finanzminister in Deutschland. Der Einzige, der etwas in diese Richtung getan hat, war Lafontaine. Seitdem ist dazu von Ihnen nichts mehr gekommen.

(Zurufe von der SPD)

Die Linke fordert: Es ist höchste Zeit, das Spielcasino zu schließen, höchste Zeit die Zocker, Spekulanten und Bankvorstände zur Rechenschaft zu ziehen und sie in finanzielle Haftung zu nehmen, statt sie auch noch mit Millionenabfindungen nach Hause zu schicken.

Die Folgen der Finanzkrise greifen bis tief in das Leben der Menschen. Sie reichen bis ins Private. In den Rettungspaketen befinden sich keine abstrakten Summen, sondern der kollektive Besitz der Mehrheit der Bevölkerung in Form von Steuergeldern.

Während zur Durchsetzung der schändlichen Hartz-IV-Gesetze angeblich Milliardeneinsparungen als Begründung herhalten mussten, stehen für die Sanierung von Banken wie der IKB und der Hypo Real Estate in Deutschland Milliardensummen ohne Limit zur Verfügung, die anschließend für sozialstaatliche Zwecke und Infrastrukturaufgaben in den öffentlichen Haushalten fehlen.

Bereits jetzt hat die Krise die Kommunen erreicht. Die Bürger/-innen in NRW zahlen schon wegen der WestLB-Krise die Zeche. Und das ist erst der Anfang. Momentan geht es zu wie auf einem Basar. Plötzlich sind Hunderte von Milliarden Euro vorhanden; wie Manna fällt es vom Himmel, ohne dass der Steuerzahler weiß, wer und wie er dafür aufkommt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat vor Kurzem vorge-rechnet, was man schon mit einer Summe von 100 Milliarden € machen könnte. Dies entspreche dem Zwanzigfachen dessen, was eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer erbringen würde. Damit ließen sich die deutschen Renten locker um ein Viertel erhöhen und die Zahlungen für Hartz-IV-Empfänger verdreifachen. Wir von der Linken wollen keinen Finanzdiktator Steinbrück. Die demokratische Kontrolle über eine halbe Billion Euro ist nicht gegeben; denn es gibt keine Mitsprache des Parlaments, wem und in welcher Höhe das Geld zukommt.

Laut „Handelsblatt“ sind – ich zitiere – immerhin die gesamten deutschen Steuereinnahmen eines Jahres das, was hier auf dem Tableau steht. – Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung der Wirtschaft- und Finanzmarktkrise am 13.10.2008 ein Maßnahmenpaket in Höhe von ca. 500 Milliarden € beschlossen. An der Verteilung und den Risiken sollen auch die Bundesländer zu 35 % beteiligt werden. Ich sage hier sehr deutlich: Ich bin dagegen, wenn das von der Bundesregierung vorgelegte Maßnahmenpaket und das Finanzmarktstabilisierungsgesetz ohne weitere Kriterien und ohne weitere zusätzliche Regelungen so verabschiedet werden sollen.

Dieser Rettungsplan ist ein Milliardengeschenk an die Banken und ihre Aktionäre. Die Steuerzahler/-innen sollen Milliarden in die Banken zur Absicherung von deren Verlusten stecken ohne entsprechende Gegenleistungen. Diese Art der Krisenbewältigung ist so, als ob man Drogendealer mit der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität beauftragt. Eine solche Geldspritze wird überdies verpuffen, wenn nicht gleichzeitig die Finanzmärkte streng reguliert werden. Unabdingbare Maßnahmen wie das Verbot von Hedgefonds, die Verbriefung von Schuldpapieren und von außerfinanziellen Bankgeschäften über Tochterfirmen sind aber bisher nicht vorgesehen.

Deswegen – das möchte ich abschließend sagen – beantrage ich auch Abstimmung in den Einzelpunkten zu meinem Antrag, den ich hier gestellt habe. Das sind sieben Punkte. Ich beantrage dasselbe auch für den SPD-Antrag, nämlich dass er in seinen Einzelpunkten abgestimmt wird. – Danke schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war der fraktionslose Abgeordnete Sagel. – Als nächster Redner

hat für die Fraktion der CDU der Kollege Weisbrich das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich kurz fassen. Ich will den weltweiten Finanzgau und die Grundzüge der Marktwirtschaft nicht ein weiteres Mal bespiegeln. Das ist heute schon ausreichend getan worden. Ich möchte mich auf das konzentrieren, was für dieses Haus wirklich wichtig ist. Frau Löhrmann, wir wollen uns mit dem Thema befassen. Wir müssen uns aber auch mit den richtigen Themen befassen.

Wenn ich die Beiträge der Vorredner richtig interpretiere, dann war es, von ein paar Ausrutschern und Erkenntnislücken abgesehen, so, dass wir ...

(Große Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Psst!

Christian Weisbrich (CDU): ... alle das Finanzmarktstabilisierungsgesetz im Kern begrüßen. Dann fordern wir alle neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Und wir alle fordern eine international aufgestellte wirksame Finanzaufsicht. Wir alle haben aber an einer Stelle des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes Bauchschmerzen, nämlich bei § 13.

Es kann einfach nicht sein, dass der Bund die Länder mit 35 % in die Pflicht nimmt, weil der Bund sagt, das sei eine Gemeinschaftsaufgabe, und im nächsten Satz sagt er dann: Bei der Stabilisierung der Landesbanken und der Sparkassen lassen wir die Länder aber zu 100 % allein. – Entweder ist die Stabilisierung des Finanzmarktes eine Gemeinschaftsaufgabe – dann beteiligen sich die Länder an den Lasten, die eventuell auf den Bund zukommen, mit dem vereinbarten Prozentsatz, der vielleicht noch verhandlungsfähig ist –, oder es handelt sich um keine Gemeinschaftsaufgabe; dann löffelt eben jeder seine Suppe allein aus.

Meine Damen und Herren, ich persönlich bin überzeugt, es ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Und wenn das so ist, dann müssten die Vorleistungen, die Nordrhein-Westfalen für seine Landesbanken und seine Sparkassen bereits erbracht hat, voll auf das Landeskongent angerechnet werden.

Meine Damen und Herren, es sind ausgesprochen schwierige Verhandlungen, wenn es um das Geld geht. Es ist wie beim Teilen einer Erbschaft. Aber ich habe zumindest Frau Kollegin Kraft so verstanden, dass sie bereit ist, dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister bei diesen Verhandlungen den Rücken zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die wenigen Punkte, die ich eben aufgezählt habe, sind der Kern der Entscheidung, die wir heute in diesem Haus zu

treffen haben. Deshalb appelliere ich an Sie alle im Interesse unseres Landes Nordrhein-Westfalen: Lassen Sie uns das Finanzmarktstabilisierungsgesetz gemeinsam begrüßen! Lassen Sie uns gemeinsam neue Regeln für die Finanzmärkte und eine international wirksame Finanzaufsicht fordern. Und lassen Sie uns gemeinsam unseren Verhandlungsführern, dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister, den Rücken stärken für ihr Gespräch in Berlin, damit Nordrhein-Westfalen nicht zweimal zahlen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn das Vertrauen auf den Finanzmärkten, die wichtigste Währung der Welt, zerstört ist, gewinnen wir es sicherlich nicht dadurch zurück, dass wir dem staunenden Publikum Parteienstreit und -hader vorführen. Deshalb sage ich von dieser Stelle aus: Lassen wir die Erbsenzählerei! Nehmen wir unsere Verantwortung für Nordrhein-Westfalen und ihre Bürger gemeinsam wahr! – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen bis auf die des Kollegen Remmel zur Geschäftsordnung liegen mir nicht mehr vor. Herr Kollege Remmel, Sie haben das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zur Geschäftsordnung zwei Anmerkungen und einen Antrag:

Erstens. Meine Fraktion hat in ihren Redebeiträgen die Forderungen deutlich gemacht, die sie die Landesregierung in die Verhandlungen einzubringen bittet. Aus unserer Sicht braucht darüber insofern nicht gesondert abgestimmt zu werden.

Zweitens haben wir heute einen Antrag eingebracht, weil wir eine intensive inhaltliche Befassung wollen, die sich mit den Zukunftsregelungen des Finanzmarktes beschäftigt. Dieser Antrag soll in die Ausschüsse überwiesen werden.

Drittens beantragen wir eine getrennte Abstimmung zum Beschlussvorschlag zum Antrag der SPD. Dabei soll getrennt werden zwischen dem Text unter der Ziffer 1 sowie den Ziffern 2 und 3 zusammengefasst.

Viertens und als Letztes sei mir die Bemerkung gestattet, dass wir davon ausgehen, dass der Entschließungsantrag des fraktionslosen Kollegen Sagel zu unserem Antrag gestellt worden ist und insofern bei der abschließenden Beratung im Ausschuss mitberaten wird.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos] meldet sich zu Wort.)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Frau Kollegin Gödecke, Sie haben das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Danke schön, Frau Präsidentin! Ich beziehe mich auf Punkt 3 des Geschäftsordnungsantrages des Kollegen Remmel, in dem getrennte Abstimmung über den SPD-Antrag beantragt wird:

Weil Kollege Sagel eben auch eine solche Forderung in den Raum gestellt hat, hatte ich signalisiert, dass wir unseren Antrag inklusive der drei Forderungen im Beschlussteil als Gesamtpaket verstehen, und mich gegen eine Einzelabstimmung ausgesprochen.

Der von Kollegen Remmel vorgeschlagenen Einzelabstimmung über I.1 einerseits und I.2 und 3 andererseits können wir zustimmen, weil der Charakter des Gesamtpaketes dadurch nicht verletzt wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich habe eine kurze Verständnisfrage und bitte in dem Zusammenhang um Präzisierung:

Im Antrag der SPD-Fraktion finde ich den Teil „II. Beschluss“ und dort die Ziffern 1, 2 und 3. Der Kollege Remmel hatte beantragt, gesondert über die Ziffer 1 sowie zusammengefasst über 2 und 3 abzustimmen.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

– Okay.

Ich habe noch eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung, nämlich die des Abgeordneten Sagel. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Mir war gesagt worden, dass ich zum Antrag der Grünen nur einen Entschließungsantrag stellen könne, aber keinen separaten Antrag. Eigentlich hatte ich vorgehabt, einen separaten Antrag zu stellen.

Da im Bundestag und im Bundesrat aber schon in dieser Woche die abschließende Abstimmung erfolgt, macht es zumindest aus meiner Sicht überhaupt keinen Sinn, meinen Antrag in den Ausschuss zu verweisen. Genauso sehe ich es im Übrigen auch für die Anträge der Grünen und der SPD. Wenn die Grünen aber ihren Antrag in den Ausschuss schieben wollen, sollen sie das von mir aus tun.

Ich beantrage, dass heute über meinen Antrag abgestimmt wird. Es macht nämlich überhaupt keinen Sinn, diesen Antrag in nächster Zukunft in irgendwelchen Ausschüssen zu behandeln, weil am Frei-

tag die abschließende Entscheidung im Bundestag fällt.

Ich kann auch mit dem leben, was die Fraktionsgeschäftsführerin der SPD vorgeschlagen hat, dass über den Punkt II.1 sowie zusammengefasst über II.2 und II.3 getrennt abgestimmt wird. Das war auch meine Intention, damit ich mich zu den einzelnen Punkten verhalten kann. Das wäre damit gewährleistet.

Von daher bitte ich darum, in der Form, wie ich es vorgeschlagen habe, zu verfahren. Ansonsten wäre das, was die Grünen gefordert haben, nämlich eine demokratische Beteiligung des Parlaments, zumindest für meinen Antrag nicht gegeben. Deswegen bitte ich den Kollegen Remmel und seine Fraktion, noch einmal darüber nachzudenken, ob es tatsächlich ihr Wille ist. Ich finde schon, man sollte die demokratischen Spielregeln einhalten – auch was meinen Antrag angeht. – Danke schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Sagel, vielen Dank. – Da wir mittlerweile eine etwas komplexere Geschäftsordnungs- und Gemengelage haben, will ich ihnen Folgendes sagen:

Gestern ist vor der Verabredung in der PG-Runde – das haben wir geprüft – dem Kollegen Sagel die Auskunft gegeben worden, dass es nicht die Möglichkeit eines originären Antrags gibt. Ich glaube, dass wir im Haus Konsens darüber erzielen können, vor diesem Hintergrund den Entschließungsantrag zu einem regulären Antrag umzuwidmen und zur Abstimmung zu stellen, wie es der Abgeordnete Sagel beantragt hat. Das hat er gerade deutlich so vorgetragen.

Aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe ich keine anderen Signale empfangen. Der Antrag lautet weiter auf Überweisung in den Ausschuss.

Wir kommen also zur Abstimmung, und zwar zunächst über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/7680**. Die antragstellende Fraktion bittet um **Überweisung** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss** mitberatend. Die abschließende Beratung und Abstimmung über den Antrag soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, bitte Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit haben alle Fraktionen sowie der fraktionslose Kollege Sagel diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Als Nächstes kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 14/7698**. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt, sodass ich über den Inhalt des Antrags abstimmen lasse. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einzelner Abgeordneter der SPD-Fraktion bei überwiegender Enthaltung der SPD-Fraktion sowie Ablehnung des Kollegen Sagel – den habe ich vorhin in der Aufzählung vergessen – **angenommen**.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/7699**. Auch hier hat die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt.

Zunächst stimmen wir über den **Punkt II.1** ab. Wer hierzu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und des Abgeordneten Sagel bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Weiterhin lasse ich über die **Punkte II.2 und II.3** abstimmen. Wer diesen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Inhalt dieser Ziffern mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit hat auch der gesamte Antrag keine Mehrheit in diesem Hause gefunden.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** des Abgeordneten Sagel **Drucksache 14/7694**, der, wie vorhin erläutert, **zu einem regulären Antrag umgewidmet** worden ist. Es ist beantragt worden, über die einzelnen Ziffern abzustimmen.

Ich lasse zunächst über **Ziffer 1** abstimmen. Wer der zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Inhalt dieser Ziffer bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Ziffer 2**. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Inhalt dieser Ziffer bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Ziffer 3**. Wer dieser zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Inhalt dieser Ziffer bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme

des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Ziffer 4**. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Inhalt dieser Ziffer gegen die Stimme des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ziffer 4 kommt in dem Antrag doppelt vor.

Wir stimmen dann über **Ziffer 5** ab. Dieser Abschnitt beginnt mit den Worten: „Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene ...“ Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Inhalt dieser Ziffer bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Ziffer 6**. Wer der zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Inhalt dieser Ziffer bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der SPD-Fraktion gegen die Stimme des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der CDU-Fraktion, einigen Kollegen der SPD-Fraktion und der Fraktion der FDP **abgelehnt**.

(Lachen von CDU und FDP)

– Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, dass es in diesem Hause ausdrücklich möglich ist, dass Abgeordnete so abstimmen, wie sie das für richtig halten.

(Allgemeiner Beifall)

Das sollte nicht Gegenstand von Verwunderung, sondern eigentlich die pure Selbstverständlichkeit sein.

Wir kommen zur Abstimmung über **Ziffer 7**. Wer dieser zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Inhalt dieser Ziffer gegen die Stimme des Abgeordneten Sagel mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Da kein Punkt des Antrags die parlamentarische Mehrheit erreicht hat, stelle ich fest, dass der Antrag insgesamt **abgelehnt** ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, ich habe in der Abstimmung nichts übersehen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, 22. Oktober 2008, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Nachmittag.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:15 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.